Who is Who?

Karl Marx (1818 –1883) und Friedrich Engels (1820 – 1895)

Diese beiden Theoretiker und Politiker waren mitentscheidend für die Entwicklung des Sozialismus und der internationalen ArbeiterInnenbewegung. In den berühmt-berüchtigten Marx-Engels Werken legen sie eine umfassende und wegweisende Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus, vor. Eines ihrer Bekanntesten Werke ist das 1848 erschienene *Kommunistische Manifest* (Manifest der Kommunistischen Partei), welches bis heute durch seine Aktualität und Gültigkeit besticht. Als Akteure waren Marx und Engels im *Bund der Kommunisten* aktiv und an der Gründung der 1.Internationale 1864 beteiligt.

In ihrer Analyse sind sie die Wegbereiter des *historischen Materialismus,* der Analyse der Menschheitsgesellschaft als Klassengesellschaft. In ihrem politischen Wirken haben Marx und Engels für die politische Organisierung des Proletariats gekämpft, für die Gründung von Arbeiterparteien. Die größten politischen Widersacher zu ihrer Zeit waren die *Anarchisten* um Bakunin, die die politische Organisierung des Proletariats bis heute ablehnen.

Ihr Lebenswerk hat als *Marxismus* die internationale ArbeiterInnenbewegung geprägt, als Theorie und Analyse des Kampfes gegen den Kapitalismus, für den gemeinsamen internationalen Kampf des Proletariats. Der *Internationalismus* ist ohne Marx und Engels nicht vorstellbar, zusammen gefasst in dem berühmten Zitat des kommunistischen Manifest: *„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“*

Wladimir Iljitsch Uljanow – genannt Lenin (1870 – 1924)

Wladimir Lenin war neben Marx & Engels, eine der bekanntesten Personen der internationalen kommunistischen Bewegung. Als einer der bestimmenden Politiker während der Oktoberrevolution (1917) ist sein Name untrennbar mit der Gründung der Sowjetunion verbunden. Lenin war aktiv im Aufbau der

SDAPR (Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands) beteiligt, genau wie am Aufbau der *Bolschewiki* („Mehrheitler“) in der russischen ArbeiterInnenbewegung. Zu seinen theoretischen Hauptwerken gehört *“Was tun”* aus dem Jahre 1902, indem Lenin die sozialistische Partei als *“Organisation der Berufsrevolutionäre”* bestimmt – eine Partei die darauf ausgerichtet ist, den politischen und sozialen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoise zu führen und zu gewinnen.

Nach dem Kriegseintritt der Parteien der 2. Internationale 1914 war Lenin entscheidend für den Kampf um das revolutionäre, antiimperialistische Programm (mit dem Werk *„Staat und Revolution“* 1917*)* der ArbeiterInnenbewegung – die Gründung kommunistischer Parteien und der kommunistischen Internationale ist untrennbar verbunden mit den Bolschewiki und dem Wirken Lenins.

Rosa Luxemburg (1871 – 1919) und Karl Liebknecht (1871 – 1919)

Luxemburg und Liebknecht waren die entschiedensten Vorkämpfer für den revolutionären Sozialismus in Deutschland und in der 2.Internationale. Beide kämpften gegen die Politik der deutschen SPD und der meisten Parteien der 2.Internationale, die den 1. Weltkrieg unterstützten. Innerhalb der SPD gehörten beide auch vor dem 1.Weltkrieg dem linken Flügel an, Rosa Luxemburg war dabei die Vorkämpferin gegen den beginnenden Reformismus von Fraktion und Parteispitze. Ihr Werk *„Soziale Reform oder Revolution“* (1899) war damals die Streitschrift gegen den rechten Flügel um Eduard Bernstein.

Nach dem 1.Weltkrieg gründeten Luxemburg und Liebknecht den *„Spartakusbund“,* den Vorläufer der am 1. Januar gegründeten KPD. Am 15. Januar wurden beide Revolutionäre von faschistischen Freikorps getötet. Zuvor hatten die SPD und die deutsche Bourgeoisie offen zu ihrem Mord aufgerufen.

Lew Dawidowitsch Bronstein – genannt Leo Trotzki (1879 – 1940)

Zusammen mit Lenin gehörte Trotzki zu den schillernden und prägenden

Personen der Oktoberrevolution in Russland. Obwohl er lange Zeit nicht bei den Bolschewiki aktiv war, sondern linken Gruppen der Menschewiki nahe stand (Minderheit der SDAPR), schloss er sich 1917 wieder den Bolschewiki an, da diese als einzige Partei den sofortigen Sturz des Kapitalismus forderten. Wie in der Revolution von 1905 war Trotzki auch 1917 wieder Vorsitzender des Petrograder Sowjet (Arbeiterrat) und bestimmte zusammen mit Lenin die Taktik der Bolschewiki in dieser Zeit. Trotzki übernahm entscheidende Positionen in der sowjetischen Räteregierung. Zuerst war er Kommissar für äußere Angelegenheiten und führte die Friedensverhandlungen mit Deutschland in Brest Litovsk, später war er der Organisator und Befehlshaber der Roten Armee im russischen Bürgerkrieg.

In der Sowjetunion kämpfte er ab Mitte der 20er-Jahre mit der „Linken Opposition“ gegen die sich entwickelnde Bürokratie, später im Exil (ab 1929) gegen die stalinistische Degeneration der kommunistischen Parteien. Wichtige Werke wie *„Die verratene Revolution“* (1936) und *„Die permanente Revolution“* (1929) zeigten die Degeneration der UdSSR auf und verteidigten und entwickelten die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus nach der Oktoberrevolution. Trotzki begründete 1938 die 4. Internationale, für welche das *„Übergangsprogramm“* und das *„Manifest der 4.Internationale“* die Grundlagen bildeten.

Sexismus

Sexismus, oder sexistisches Verhalten, ist viel mehr als der Übergriff auf den weiblichen Körper in Form von Begrapschung und Vergewaltigung – es ist Bestandteil des gemeinsamen Lebens der Geschlechter in der bürgerlichen Gesellschaft.

Sexismus wird täglich in den Medien propagiert, im sozialen Miteinander

zwischen Frau und Mann, in anerzogenen Vorurteilen.

Die Medien (TV, Werbung, Zeitungen, Zeitschriften, u.v.m.) zeigen täglich die Ausschlachtung des weiblichen Körpers.

Zum einem in der Darstellung der Frau – viel Haut, viel Busen, viel Bein und der Hintern in der engen Jeans darf dabei auch nicht fehlen. Frei nach der Werbestrategie „Sex Sells“. Doch werden die Männer auch so freizügig dargestellt? Nein, denn es ist hauptsächlich das Geschlecht der Frau, was hier vermarktet wird. Die Zielgruppe ist sowohl männlich und weiblich. Dem Mann soll das Produkt, die Fernsehserie, der Film verkauft werden, in dem sich dort ein halbnackter weiblicher Körper räkelt. Der Frau soll auch das Produkt verkauft werden, aber mit dem Hintergedanken, dass sie entsprechend als Frau aussehen und sich in dieser bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft verhalten soll.

Rollenbilder

Geschlechterrollen und –bilder werden vorgeformt und verkauft – á la Heidi Klum. Frau soll in jeder Lebenssituation gut aussehen – das Haar soll sitzen, die Schminke am besten 24 Stunden auf dem Gesicht kleben bleiben. In dieser besonders Körperbetonten Mode soll sich Frau wohl fühlen, am besten in der Kleidergröße 36, oder noch besser 34. Das bedeutet, bei einer Frau, die ca. 1,65 m groß ist, ca. zwischen 50- 53 kg. Gerade die Modeindustrie ist hier federführend, was das Aussehen des weiblichen Körpers betrifft. Eine Frau muss schlank sein, aber am besten mit einem großen Busen und einem wohlgeformten Hintern, um gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen. Sonst wird sie von der Gesellschaft schief angeschaut, sie entspricht nicht dem „Ideal“. Die Frau soll alles dafür tun, um so auszusehen: abmagern und Schönheits- OPs, viel Sport treiben und sich selbst durch eine Diät nach der andern jagen. Aber nicht nur die Modeindustrie zieht ihren finanziellen Reibbach aus dem Schönheitsideal, auch viele anderen Industriezweige profitieren daraus, z.B. die Sport- und Fitnessindustrie, die Pharma- und Kosmetikindustrie mit Ihren Diätpillen, Schönheitsklinken für die Fettabsaugung und Brustvergrößerungen und Lebensmittelkonzerne wie Weight Watchers mit ihren Produkten. Gerade auf junge Mädchen, die sich in

der Pubertät befinden, hat das fatale Auswirkungen auf das Selbstbewusstseins und die persönliche Entwicklung. Die Mädchen sehen die sogenannten weiblichen Vorbilder, und viele der Mädchen machen fast alles, um so auszusehen. Das endet häufig in einer Essstörung, mit welcher sie bis zum Lebensende zu kämpfen haben. Heute sind „offiziell“ 100.000 Menschen in der BRD an Magersucht erkrankt, 90 % der Betroffenen sind Frauen zwischen 15 und 35 Jahren, nur 10 % sind Männer.

Darüber hinaus werden weibliche Verhaltensmuster vorgegeben, die auch im bürgerlichen Miteinander zwischen Mann und Frau gelebt werden. Frau geht gerne shoppen, vor allem Schuhe, eine Frau ist weinerlich, emotional und hält sich gern an der Schulter ihres starken durchtrainierten männlichen Partners fest. So auch das Bild der bürgerlichen Familie. Frau zuhause für Heim und Kinder, oder, die andere Variante, die Karrierefrau auf der Suche nach dem Elite-Partner. Und täglich werden Geschlechterverhaltensmuster reproduziert á la Blödelkomiker Mario Barth. Frau schminkt sich stundenlang, kann nicht einparken. Mann sitzt Bier trinkend mit den Kumpels auf dem Sofa, schaut Fußball und wartet auf seine Frau/Freundin.

Sexismus gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Sexismus bezieht sich nicht nur auf die Frau und die heterosexuelle Beziehung zwischen Frau und Mann. Homosexuelle Beziehungen zwischen Frauen oder Männern sind sehr häufig Opfer von Sexismus. Lesben werden häufig als Mannsweiber und als burschikos angesehen. In der Gesellschaft ist das Bild der Lesbe ganz stark als dicke, kurzhaarige Frau, die Männerkleidung trägt, dargestellt. Frei nach dem Motto: „die will eh kein Mann im Bett haben und deshalb steht sie auf Frauen.“ Oder: „die hat es noch nie richtig von einem Mann besorgt bekommen, deshalb treibt sie es mit Frauen, und wenn sie es mal richtig besorgt bekommt, steht sie nicht mehr auf Frauen….“. Lesbische Beziehungen stellen besonders für den Hetero-Mann eine Bedrohung seiner Sexualität dar. Schließlich wird dem Mann immer suggeriert, dass er jede Frau kriegen könne, sobald er die Klischees erfüllt – lesbische Frauen sind ein direkter Angriff auf diese patriarchale Ideologie. Ebenso bedrohen gleichgeschlechtliche Partnerschaften das Bild der bürgerlichen Familie.

Schwule werden genauso oft Opfer von Sexismus und sexistischem Verhalten, mit Sprüchen wie „der ist doch ne Tunte“. Sie werden in der bürgerlichen Gesellschaft als zu weibisch, weich, weinerlich oder als männliche Zicken dargestellt, mit hoher Fistel-Stimme und mit Tunten-Bewegungen – kurz: nach dem bürgerlichen Geschlechterbild als nicht männlich genug. Ein weit verbreitetes Vorurteil ist auch, dass Schwule, wenn sie unter sich sind, sich alle schminken und Frauenkleidung tragen würden. Oder dass alle Schwule Aids hätten, weil sie ständig untereinander „rumficken“ würden. Ein schwuler Mann wird nie als „männlich“ dargestellt.

Transgender (keinem Geschlecht zugehörende Menschen) werden von der bürgerlichen Gesellschaft als Zwitter bezeichnet. Ihnen wird kein Platz in der Gesellschaft eingeräumt. Sie müssen sich entscheiden, oder es wurde für sie durch Ärzte nach der Geburt entschieden, welchem Geschlecht sie angehören müssen.

Warum ist das so?

Die Gründe dafür sind, dass ein bürgerliches Rollenbild zwischen Frau und Mann reproduziert werden soll, wobei die Medien als Propaganda-Organe benutzt werden.

Dieses Rollenbild von Frau und Mann, von der bürgerlichen Familie, dient zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Im Kapitalismus wird die Beziehung zwischen Mann und Frau auf die Zeugung von Kindern – als zukünftige Arbeitskräfte – reduziert, wobei die Frau in erster Linie für die Erziehung verantwortlich ist. In dieser Familie wird ebenso das patriarchale, christliche Rollenbild weiter gelebt, die Unterwerfung der Frau. Wir von REVOLUTION streben eine Gesellschaft an, in der niemand nach seinem Geschlecht bewertet oder unterdrückt wird. In der jeder Mensch frei über Sexualität und Neigungen entscheiden kann, in der die Erziehung von Kindern eine gesellschaftliche – und keine individuelle – Aufgabe ist. Dazu müssen wir den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufnehmen, denn nur, wenn die Menschen frei und gleich arbeiten und produzieren, werden sie nicht mehr auf Geschlechter oder Rollenbilder reduziert, sondern sind wirklich gleichberechtigt.

Lenin, Trotzki und Stalin

Lenin und Trotzki sind die wohl bekanntesten Kämpfer für den Sozialismus. Beide haben sowohl auf dem Gebiet der Theorie wie auch in der Praxis großartiges geleistet. Sie waren die beiden herausragenden Persönlichkeiten in der bolschewistischen Partei und haben einen maßgeblichen Anteil daran, dass in Russland die erste (und bislang wohl einzige) echte sozialistische Revolution stattgefunden hat. Als revolutionäre Marxisten stehen wir in ihrer Tradition.

Lenin

Lenin war der Führer der revolutionären Partei. Er war bereits seit ihrer Gründung im Jahre 1898 mit von d er Partie. Damals war es die Sozialdemokratische Partei Russlands (SDPR). Später teilte sie sich in die Bolschewiki (Mehrheitler) und M e nschewiki (Minderheitler). Die Namen ergaben sich aus der innerparteilichen Abstimmung über die Struktur der Partei , und da Lenin und seine Genossen sich durchsetzten, benannte er seine Fraktion Bolschewiki. Doch die beiden Fraktionen blieben no ch lange in der selben Partei und erst 1917 wurde die Bolschewiki eine eigenständige Partei.
Lenin hat bei dem Aufbau der Partei und ihrer revolutionären Konzeption entscheidend mitgewirkt. Anfang des 20.Jahrhunderts verfasste er die Broschüre „Was tun“, die ihn in der Partei zu einer bekannten Persönlichkeit machte und die SDPR in ihrer Gesamtheit entscheidend prägte. Ihn dieser Broschüre beschrieb Lenin, wie man unter den gegebenen Bedingungen am Besten eine Partei aufbaut. Darin legte er auch sein Prinzip des demokratischen Zentralismus dar. Lenin war in erster Linie ein Pragmatiker, der den Marxismus in der Praxis anwandte und die erste revolutionäre Partei aufbaute, die später sogar eine Revolution anführen sollte. Auf diesem Gebiet

leistete er wahrhaftig Großartiges, und auch heute noch können wir viel von ihm lernen. Aber auch als Theoretiker des Marxismus war er ganz vorn e mit dabei. Er verwarf früh die These, dass in Russland erst eine bürgerliche Revolution stattfinden müsse. Viele Marxisten waren damals außer sich, denn Marx hatte geschrieben, dass nur der Kapitalismus die Voraussetzungen für den Kommunismus schaffe. Lenins Argument war, dass eine proletarische Revolution in Russland auf Westdeutschland überspringen würde, was die Entwicklung in Russland enorm beschleunigen würde. Später formte Trotzki dieses Argument zu seiner Theorie der permanenten Revolution. Lenin konzipierte auch das Prinzip, dass der Sozialismus als Zwischenetappe zwischen Ka pitalismus und Kommunismus fungiert.

Trotzki

Trotzki war bereits Anfang des 20.Jahrhunderts ein guter Freund von Lenin und arbeitete mit ihm in London und anderswo zusammen. Aber die beiden hatten im Laufe der Jahre mehrere politische Auseinandersetzungen und Trotzki stoß erst 1917 endgültig zu den Bolschewiki dazu. Na ch der Revolution wurde er zum Führer der Roten Armee, welche er auch aufbaute und war neben Lenin der wohl bedeutendste Mann in der revolutionären Regierung Russlands. Besonders bekannt ist seine Theorie der permanenten Revolution. Hierin legte er dar, dass auch in einem unterentwickelten Land (wie Russland) sofort eine proletarische Revolution stattfinden könne. Er führte aus, dass in solchen Ländern, die immer noch an der feudalen Herrschaft hingen, das Bürgertum zu schwach sei, um die Feudalherrschaft gänzlich zu zerschlagen und die Produktivkräfte voll zu entwickeln. Anders wie in Westdeutschland, wo die Industrie bereits früh einen hohen Stand erreicht hat, war Russland und Osteuropa sowie Asien (außer Japan) noch sehr durch die Landwirtschaft geprägt. Deswegen musste man hier die Macht sofort in die Hände der Arbeiterklasse geben, weil nur diese in der Lage sei, die Industrie schnell zu entwickeln. Dieses Vorhaben musste allerdings an die sozialistischen Revolutionen in Westeuropa gebunden sein, da sonst die unterentwickelte Wirtschaft des sozialistischen Russland die Bedürfnisse der Menschen nicht befriedigen könne und letztendlich zum Scheitern verurteilt sei.

Die Oktoberrevolution

Nachdem die Bolschewiki 17 Jahre lang die sozialistische Revolution propagiert hatten, kamen sie 1917 endlich zum Zug. Im Februar wurde der Zar durch Demonstrationen und Streiks im ganzen Land gezwungen, abzudanken. Es wurde eine provisorische Regierung unter Ministerpräsident Kerenski eingesetzt. Aber es existierten gleichzeitig die Arbeiterräte (Sowjets). Diese kamen in Russland bereits 1905 auf und stellten ein unmittelbares Machtorgan der Arbeiterklasse dar. Die Marxisten hatten Arbeiterräte nicht erfunden, diese entwickelten sich aus den Arbeitern selbst heraus. Lenin und Co. griffen dieses Element als grundlegende Herrschaftsausübung des Proletariats auf und bauten ihre gesamte Politik auf diesen Arbeiterräten auf (Alle Macht den Sowjets!). Glücklicherweise war damals Trotzki bereits der Vorsitzende des Petrograder (St.Petersburg) Sowjets, und der Einfluss der Bolschewiki in der Arbeiterklasse war somit groß. Somit gab es in Russland im Sommer 1917 eine Doppelherrschaft, und die Machtverhältnisse waren unklar. Die Arbeiterräte hatten bei der Februarrevolution bereits eine entscheidende Rolle gespielt und erkannten nun die Autorität der Provisorischen Regierung nicht an. Die meisten Bolschewiki waren erst mal überglücklich, dass der Zarismus gestürzt war. Anders Lenin. Als er im April (nach 17 jähriger Abwesenheit) nach Russland zurück kam, wurde er in Petersburg von einer begeisterten Menge empfangen. Er stieg auf einen Zugwaggon und redete zu den Anhängern der Bolschewiki. Zur Überraschung der anwesend Parteifunktionäre forderte er die sofortige Ablösung der Provisorischen Regierung zu Gunsten einer sozialistischen Regierung, gestützt auf die Arbeiterräte. Obwohl viele bolschewistische Führer (vor allem Kamenev) von der Forderung Lenins geschockt waren, konnte er sich in den folgenden Monaten mit seiner Linie durchsetzen (was übrigens auch der entscheidende Punkt war, warum Trotzki zu der Partei dazustoß). Während alle andere sozialistischen Parteien (Menschewiki, Sozialrevolutionäre etc.) für eine Beteiligung an der Provisorischen Regierung waren, forderten die Bolschewiki ihre sofortige Ablösung. Die Politik der Regierung spielte Lenin in die Hände: sie verteilten den Boden nicht gänzlich unter den armen Bauern, ließen den Großgrundbesitz teilweise bestehen, schützten die Großkapitalisten gegen

die aufgebrachten Arbeiter und zu allem Überfluss führten sie den Krieg (1.Weltkrieg) an der Ostfront auch noch weiter. Alle diese Punkte und die Fähigkeit von Lenin, diese Sachen zu erkennen und in Politik umzuwandeln führten schließlich dazu, dass im Oktober die Zeit reif war. Die Bolschewiki hatten in Petersburg und Moskau die Mehrheit in den Sowjets, und die Führung empfand die Zeit als reif, den Aufstand auszurufen. Die Bolschewiki hatten damals bereits ein starkes revolutionäres Militärkomitee und nutzten es dazu, mehrere Plätze zu überwachen. Am 25.Oktober fand eine Dringlichkeitssitzung des Petrograder Sowjets statt. Totzki sprach die einleitenden Worte: „Kerenski´s Macht ist gestürzt. Einige Minister sind verhaftet worden. Die, die noch nicht verhaftet sind, werden bald verhaftet werden." Die Petersburger Arbeiter schlugen sich auf die Seite der Bolschewiki. Überall in Petersburg erhoben sie ihre Hand für die Revolution und beteiligten sich an dem Aufstand, der schließlich zu einer Revolution wurde. Der allrussische Sowjetkongress, der am 26.Oktober stattfand, sollte dazu genutzt werden, die Revolution als siegreich auszurufen und eine revolutionäre Regierung zu stellen. Der Plan ging voll auf: der Regierungssitz (der Winterpalais) und alle wichtigen Ämter etc. wurden besetzt und eine revolutionäre Regierung mit Lenin an der Spitze wurde von dem Sowjetkongress akzeptiert. Die Revolution, auf die Lenin sein ganzes Leben verwendet hatte, hatte stattgefunden.

Die Jahre 1918 bis 1924

Das entscheidende an der russischen Revolution war, dass sie nicht an den Arbeitern vorbei gemacht wurde, sondern dass die Arbeiter eine entscheidende Rolle in ihr spielten und sie letztendlich erst möglich machten. Im Gegensatz zu allen anderen anderen sog. sozialistischen Revolutionen hatten die Arbeiter ihre eigenen Organe, um die Macht auszuüben: die Sowjets. Diese Sowjets spielten nun auch in den Jahren nach der Revolution eine entscheidende Rolle in Russland, und es war der Regierung unter Lenin unmöglich, eine Politik an den Räten vorbei zu machen. Die Bolschewiki krempelten das Land erst mal um. Sie schafften den Privatbesitz ab und verteilten allen Boden unter den Bauern. Sie verstaatlichten die gesamte Industrie und stellten sie unter die Kontrolle der Arbeiterräte. Sie

proklamierten den sofortigen Frieden und zogen alle Soldaten von der Ostfront zurück. Sie deklarierten als erster Staat überhaupt eine Reihe von Freiheiten: Recht auf Scheidung, freie Berufswahl auch für Frauen, kostenlose Bildung für alle, kostenloses Gesundheitssystem, Recht auf gewerkschaftliche Organisation etc. Doch die Errungenschaften hielten nicht lange vor.

Wie gesagt, betonten Lenin und Trotzki, dass der Erfolg der Revolution an eine Revolution in Westeuropa gebunden war. Ohne diese Revolution hatten die Bolschewiki nicht genug Nahrungsmittel, geschweige denn eine funktionierende Industrie, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Trotzki: „Wenn sich die Völker Europas nicht erheben und den Imperialismus zerschlagen, dann werden wir zerschlagen werden – das steht außer Zweifel." Lenin war zuversichtlich, dass es nicht lange dauern werde, bis die Arbeiter in Westeuropa (vor allem Deutschland) sich erheben würden. Doch die Revolution in Deutschland schlug fehl und auch in den anderen Ländern zeichnete sich keine Revolution ab. Stattdessen bedrohte der deutsche Staat weiterhin Russland und forderte weite Teile von Polen und der Ukraine ein. Schließlich drohte Deutschland mit einem Einmarsch in Russland, und die Regierung sah sich gezwungen, einen Friedensvertrag zu unterschreiben (Brest Litovsk). Deutschland bekam das Land, das sie wollten. Unglücklicherweise waren diese Gebiete sehr ertragreich und stellten damals den Hauptanteil an der russischen Nahrungsmittelproduktion. Den Bolschewiki war klar, dass dieser Umstand für Russland untragbar war. Doch Lenin blieb weiterhin zuversichtlich. Deutschland werde bald zum sozialistischen Bruderstaat werden und alle Nahrungsmittelprobleme Russlands beseitigen. Die Geschichte hat gezeigt, dass dies nicht der Fall war. Die Nahrungsmittel in Russland wurden knapp, und die Bauern weigerten sich, ihr Getreide an den Staat abzuführen. Schließlich mobilisierten die sog. „weissen Garden" die Massen gegen die neue Regierung und ein Bürgerkrieg brach aus. Die „weissen Garden" wurden hauptsächlich von reaktionären ehemaligen Militärs geführt, welche natürlich die alten Umstände gerne wieder zurück hätten. Trotzki baute in Kürze eine „rote Armee" auf, welche gegen die „Weissen" zu Felde zog. Die ausländischen imperialistischen Mächte waren natürlich sofort auf der Seite der Weissen und unterstützten die Konterrevolution. Viele schickten eigene

Soldaten nach Russland (Deutschland, England, USA und viele mehr). Das frisch geborene sozialistische Russland schaffte es jedoch, die Konterrevolution zurück zu schlagen und ging siegreich aus dem Bürgerkrieg hervor. Doch der Bürgerkrieg hatte verheerende Folgen für Russland. Die Industrie und Nahrungsmittelproduktion stürzten vollends zusammen und Armut verteilte sich übers ganze Land. Demokratische Freiheiten wie z.B. freie Wahl der Offiziere in der Armee wurden außer Kraft gesetzt. Viele Arbeiter waren zu der roten Armee gestoßen und kehrten nicht wieder zurück. Das Proletariat verringerte sich auf einen schwindend geringen Anteil der russischen Bevölkerung. Die Rätemacht stand somit auf wackligen Füssen. Die Bauern leideten Hunger und stellten die Revolutionsregierung in Frage, die weiterhin versuchte, dass Getreide einzusammeln und zu verteilen. Lenin sah sich gezwungen zu handeln und stellte 1921 seine „Neue ökonomische Politik“ (NEP) vor. Diese führte den privaten Handel unter den Bauern wieder ein, welche nun nicht mehr alles Getreide abführen mussten, sondern nur einen kleinen Teil. Diese Maßnahme löste keinesfalls das Hungerproblem (denn in den Städten und in ertraglosen Gegenden hatten die Leute kein Getreide), aber sie beschwichtigte die Bauern und verhinderte einen Aufstand. Für die Kommunisten bedeutete das natürlich einen Schritt rückwärts, denn man ließ ja den Kapitalismus wieder zu. Lenin verteidigte seine Politik als vorrübergehende Maßnahme, um das sozialistische Russland zu retten. Doch er musste sich auch eingestehen, dass die Geschichte nicht so gekommen war, wie er es vorausgesagt hatte. Sowjetrussland stand nach wie vor alleine da und war vom Bürgerkrieg zerrüttet. Die Rolle der Parteibürokratie und der Geheimpolizei war während des Bürgerkrieges immens angestiegen und fing an gefährliche Kreise zu ziehen. Die Oktoberrevolution ging in eine andere Richtung als Lenin sich das vorgestellt hatte, und er erkannte dies. Doch die NEP sollte seine letzte große Tat werden. Lenin starb im Frühjahr 1924.

Stalin- „Totengräber der Revolution“

Stalin war ein bis dahin unauffälliger Genosse. Er war schon lange vor der Oktoberrevolution in der Partei. Jeder kannte ihn. Er war zu dieser Zeit der Generalsekretär. Später sollte dieser Titel in jeder kommunistischen Partei

Angst und Schrecken hervorrufen, aber zu dieser Zeit war er nichts anderes als es der Name aussagt: ein Sekretär, der organisatorische Aufgaben ausführt und keinerlei politischen Einfluss besitzt. Doch bereits während dem Bürgerkrieg nutzte er den Zentralismus um seine Macht auszuweiten. Er stützte sich auf den Parteiapparat und unterhielt gute Beziehungen zu der Geheimpolizei. Nach und nach weitete er seinen Einfluss aus. Stalin stand an der Spitze der Bürokratisierung, welche die bolschewistische Partei seit dem Bürgerkrieg heimsuchte. Lenin erkannte dies und forderte die Partei, welche er als krank bezeichnete, wieder zu demokratisieren und die Macht von den Funktionären zu nehmen. In seinem politischen Testament forderte er wörtlich, Stalin von dem Posten des Generalsekretärs zu entfernen. Aber sein Einfluss hatte sich bereits verringert und Stalin saß zu fest im Sattel. Trotzki war nach Lenin der bekannteste und einflussreichste Mann in der Partei, und man erwartete dass er der Nachfolger von Lenin an der Spitze der Regierung würde. Niemand rechnete mit Stalin, er war nie Mitglied im Zentralkomitee gewesen. Doch plötzlich stellte er sich lautstark an die Spitze und forderte mit Unterstützung der Parteibürokratie einen Umbruch in der Politik der bolschewistischen Partei. Vor allem hatte er es auf Trotzki abgesehen und wollte „den Trotzkismus vernichten“. Lenins Testament erreichte nie die Parteibasis, geschweige denn die einfachen Bürger, sondern verschwand in dem Parteiarchiv. Stalin sagte, Trotzki wolle Sowjetrussland aushungern, indem er immer noch von der unrealistischen Weltrevolution träumte. Es komme nun darauf an, die Revolution im eigenen Land voranzutreiben und die Industrie zu entwickeln. Er rief die Parole „Sozialismus in einem Land“ aus. Damit widersprach er der Grundausrichtung der Oktoberrevolution, und den meisten Bolschewiki war das bewusst. Doch sie wurden unsicher, denn die Perspektive weiterer Revolutionen wurde immer unwahrscheinlicher und Stalin verwendete den gesamten Propagandaapparat um seine Thesen in der Bevölkerung populär zu machen. Schließlich verbündete sich Stalin mit wichtigen Parteifunktionären (Sinowjew, Kamenev, Bukarin) gegen Trotzki. Dieser bildete die „linke Opposition“ innerhalb der Partei. Diese Opposition sollte der letzte demokratische Akt in der bolschewistischen Partei (welche in der Zwischenzeit in „Kommunistische Partei der Sowjetunion“ , KpdSU umbenannt war) werden. Bis 1928 kämpfte Trotzki gegen die bereits allumfassende Bürokratie mit Stalin an der Spitze, dann wurde die linke

Opposition zerschlagen und Trotzki des Landes verwiesen. Stalin arbeitete zu dieser Zeit bereits mit allen Tricks, um politische Gegner auszuschalten. Schließlich setzte der Terror ein: politische Widersacher wurden einfach verhaftet, zu Geständnissen gezwungen und erschossen. Nach und nach wurde die gesamte Partei von der Revolution 1917 eliminiert. Auch Sinowjew und Kamenev, welche ja anfangs mit Stalin verbündet waren, wechselten zur Opposition und wurden erschossen. Bukarin war Stalins letzter Verbündeter und fiel schließlich auch dem Beil des Henkers zum Opfer. 1940 erwischte es dann auch Trotzki: er wurde in seinem mexikanischen Exil im Auftrag Stalins ermordet. 1928 war die linke Opposition und alle anderen Gegenstimmen in der Partei zerschmettert und die Macht von Stalin vollends gefestigt. Nun stand dem Diktator nichts mehr im Wege. Der große Terror setzte ein, und Stalin verwandelte das fortschrittlichste Land der Welt in eine blutige Diktatur, in der Demokratie der Vergangenheit angehört und politische Meinungsäußerung mit Gefängnis und Folter bestraft wird. Er enthob der Sowjets sämtlicher Macht und setzte eine Planungsbehörde ein, welche die Bedürfnisse der Arbeiter bürokratisch plante. Der einfache Arbeiter hatte nichts mehr zu melden, und dieses bürokratische Planungssystem wurde zur Stütze der späteren „Mangelwirtschaft“ im gesamten Ostblock. Das hat mit Planwirtschaft im marxistischen Sinn nichts zu tun, genauso wenig wie das gesamte System des „real existierenden Sozialismus“ nichts mehr mit der Gesellschaftsordnung zu tun hatte, die Marx und Lenin meinten, wenn sie von Sozialismus sprachen. Außerdem verwandelte Stalin mit dem Blut tausender Zwangsarbeiter Russland in eine industrielle und militärische Großmacht. Allein die Idee einer Großmacht widerspricht sämtlichen Ideen des Kommunismus. Die Bolschewiki proklamierten 1917 die Freiheit für jede Nation (Ukraine, Finnland Georgien usw.) sich von Russland loszutrennen, Stalin ließ die Armee in diese Länder einmarschieren und besetzte sie. Die Bolschewiki machten 1917 die Sowjets zu Organen der direkten Machtausübung der Arbeiterklasse, Stalin enthob sie jeglicher Macht. Die Bolschewiki schrieben 1917 fest, dass jeder Beamte oder Funktionär im Staat von den Arbeitern gewählt (und abgewählt) wird, Stalin setzte alle von oben ein und machte sie zu Instrumenten seiner Terrorherrschaft. Das sind nur einige Beispiele für die Perversion des Sozialismus und der Tradition von Marx und Lenin unter Stalin.

Lehre der Geschichte

Die Sowjetunion hatte sich zu einem undemokratischen und bürokratischen Staat entwickelt. Auch alle folgenden Revolutionen (China, Vietnam, Kuba) entwickelten ähnliche Elemente. Für viele bürgerliche Historiker und Politologen der Beweis, dass Sozialismus immer in einer Diktatur endet. Sie ziehen eine gerade Linie von „Lenin zu Stalin".
Doch die Entartung der Oktoberrevolution war keineswegs unausweichlich. Es wurden Fehler gemacht (natürlich auch von Lenin und Trotzki), die analysiert werden und als Lehre für uns Revolutionäre gelten müssen. Insbesondere hat die Geschichte eins gezeigt: Sozialismus kann nur international verwirklicht werden, der Internationalismus wird zur Grundlage unserer Politik. Man kann natürlich nicht mit Sicherheit sagen, wie sich die Oktoberrevolution unter anderen Umständen entwickelt hätte, aber eins ist klar: wären nach 1917 Deutschland und weitere entwickelte Länder den Bolschewiki gefolgt, wäre die Geschichte heute eine andere.

Die bürgerliche Demokratie

Die bürgerliche Demokratie

Bürgerliche Definition: (gr. Volksherrschaft) im Gegensatz zu Monarchie, Oligarchie, Diktatur. Heute wird die D. als die dem Menschen am würdigsten polit. Organisationsform empfunden, in der er auf Grundlage von polit. Freiheit und rechtl. Gleichheit seinen polit. Willen zum Ausdruck bringt.

Wir stimmen zu: Die Demokratie ist die dem Menschen am würdigste politische Organisationsform. Es gibt jedoch zahlreiche Unterschiede zwischen einer bürgerlichen (Schein-)Demokratie und einer wirklichen Demokratie. Was die bürgerlichen „Demokraten" verschweigen, ist dass wir

in einer Klassengesellschaft leben. In dieser ist der demokratische Staat eng verknüpft mit der Herrschaft des Kapitals und es herrscht keineswegs das Volk. Selbst die demokratischsten kapitalistischen Länder überlassen die militärische Macht einer ungewählten Gruppe von Generälen und Polizeichefs, die ökonomische Macht ungewählten Konzernaufsichtsräten und die politische Macht ungewählten BürokratInnen hinter den Kulissen. Zwar gibt es „rechtliche Gleichheit", aber wem nützt es, wenn das Recht selbst klassenabhängig handelt? Oder anders: Es ist wahrscheinlicher, dass ein Arbeiter ein Stück Brot klaut als ein Kapitalist dies tun würde. Trotzdem wird das gleiche Recht auf beide angewendet. Es ist dem Millionär wie dem Obdachslosen verboten, unter der Brücke zu schlafen. Die bürgerliche Demokratie, eigentlich die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, ist die Macht der Minderheit (Kapital) über die Mehrheit (Arbeiterklasse) und für die Kapitalisten die beste Möglichkeit ihre Macht zu verhüllen, denn real muß sich jede Regierung dem Kapital beugen.

Staat und Wirtschaft

Nichtmal der größte Schwärmer der bürgerlichen Demokratie kann die Tatsache ignorieren, dass der Staat durch wachsende Staatsverschuldung, durch Personalunionen mit der Wirtschaft, durch Vertreter von Lobbygruppen in den Ausschüßen des Parlaments, durch Beraterverträge, durch Parteispenden der Wirtschaft für die Parteien, Public-Private-Partnership etc. – die Liste ließe sich bis Unendliche fortsetzen – übermäßig vom Kapital beeinflusst wird. Das Parlament ist nur Fassade. Hier wird nicht entschieden, denn Beschlüsse werden außerhalb, am „runden Tisch" (und natürlich nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft) gemacht.

Der hochgepriesene „demokratische Willen" ist nur der Ausdruck des Willens einer handvoll Menschen. Und was ist das für eine „politische Freiheit", wenn wir alle paar Jahre ein Kreuzchen machen dürfen? Geht ein Wahlausgang auch mal nicht nach dem Willen des Kapitals, so trifft dem Gewählten die volle Härte (z.B. Allende in Chile, gegenwärtig Chavez in Venezuela).

Das ganze so genannte demokratische System wird endgültig ad absurdum geführt, wenn wir passiv zuschauen müssen wie die „Demokraten“ nicht sofort zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn wir stattdessen erst Jahre warten müssen und die so genanntne Vertreter des Souveräns mit ihrem ewig-dämlichen Grinsgesichtern zusammen mit ihren Parteien Beschlüsse in Kraft setzen, die Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Menschen haben. Sie sind nur dazu verpflichtet im Club der Dummschwätzer ein wenig mitzumischen, ohne für die Ausführung ihrerer Gesetze direkt verantwortlich zu sein. Einmal verabschiedet, schon vergessen. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Die Ohn“macht“ der Regierenden

Die wahre Macht liegt nicht bei den „Regierenden“, sondern beim Kapital. Dieser hat durch Produktionsstandortverlagerungen, Entlassungen, etc. mehr Einfluss auf das Leben der Menschen als eine Mehrheit im Bundestag. Da kann ein Land so demokratisch wie die Schweiz sein. Die Mitentscheidung endet vor dem Werkstor.
Was haben wir nun von Bundestagswahlen zu erwarten? In erster Linie nichts. Jeder kennt den Spruch „Wenn Wahlen was verändern könnten, wären sie verboten.“ Also sollte man Wahlen boykottieren? Dies wäre eine Unterschätzung der Verhältnisse, denn auch das bürgerliche Parlament kann ein Schlachtfeld des Klassenkampfes sein und kann genutzt werden. Andererseits kann es aber auch nicht den Kampf auf der Straße ersetzen. Wahlen sind nur ein Ausdruck der Reife der Arbeiterklasse, nichts weiter.

Sozialistische Demokratie

Man kann dieses System nicht demokratischer gestalten (durch Plebiszite, Basisdemokratie), denn das würde irgendwann im Widerspruch zur Herrschaft des Kapitals stehen. Um eine großtmögliche Demokratie zu schaffen, muss man erstmal den Kapitalismus überwinden und den Arbeiterstaat errichten, in der die Mehrheit wirklich herrscht. Diese Demokratie wird vor der Wirtschaft nicht Halt machen. Der Kapitalismus zeigt, dass politische und ökonomische Macht nicht getrennt gesehen werden

dürfen. Wer die ökonomische Macht hat, hat auch die politische. Nach der Revolution wird die Arbeiterklasse die Wirtschaft kontrollieren. Diese muss die Kapitalistenklasse unterdrücken. Diese Demokratie findet ihren Ausdruck im Rätesystem, nicht in einer Basisdemokratie. Eine Basisdemokratie würde allen Bevölkerungsschichten, auch der Kapitalistenklasse, Zugang zum demokratischen Prozess verschaffen.

Die proletarische Demokratie ist zentralistisch. Dies hat den Vorteil, dass man auf Veränderungen viel schneller und effizienter reagieren kann. Es gibt keine endlosen Wege bis zur Entscheidungsfindung mehr. Dadurch lässt sich auch die Wirtschaft viel bedarfsgerechter planen. Zudem können die Repräsentanten jederzeit abgewählt werden und sie bekommen nur einen Arbeiterlohn. Dadurch, dass der Arbeiterstaat viel durchschaubarer sein wird und stark vereinfacht wird, kann jeder Arbeiter administrative Aufgaben erfüllen. Der Arbeiterstaat verdient dann wirklich die Bezeichnung Demokratie. Aber auch diese Demokratie ist wie jede Staatsform ungerecht, den sie beruht auf Unterdrückung – wenn auch Unterdrückung der Kapitalistenklasse. Wir aber wollen eine Welt ohne Unterdrückung! Wir wollen eine klassenlose Gesellschaft! Deswegen wird es im Kommunismus auch keine Demokratie geben. Der Mensch wird sein eigener Staat sein, in einer Gemeinschaft aus frei assoziierten Menschen.

Indigenas in Guatemala

Indigenas in Guatemala

In diesem Bericht moechte ich auf ein fuer ganz Lateinamerika im Allgemeinen und Guatemala im Besonderen sehr wichtiges Thema eingehen, naemlich die Frage der indigenen Bevoelkerung, sprich den Menschen, die

direkt von den Ureinwohnern des Landes abstammen. Zur Einleitung moechte ich vorwegnehmen, dass trotz mehrfacher muendlicher Bekenntnisse, gesetzlich garantierter Gleichstellung, Hilfsprogramme, Beobachter der UN und und und dieses Thema in ganz Lateinamerika noch lange nicht vom Tisch ist und von wirklicher Gleichstellung nicht die Rede sein kann. In Guatemala ist das Thema von besonderer Praesanz, weil die Indigenas in der guatemaltekischen Geschichte besonders leiden mussten und einen sehr hohen Bevoelkerungsanteil stellen (50%). Man stoesst hierzulande auf einen sehr hartnaeckigen Rassismus, der mehr als alles andere durch eine kulturelle und gesellschaftliche Trennung reproduziert wird und auf jeden Fall eine naehere Betrachtung Wert ist. Da es bei diesem Bericht speziell um das Problem der Indigenas geht, gehe ich nicht weiter auf die Tatsache ein, dass die eigentliche Trennlinie auch in der guatemaltekischen Gesellschaft nicht durch Rassen sondern Klassen gezogen wird und auch viele Nicht-Indigenas von Ausbeutung und Unterdrueckung betroffen sind.

Rassismus im taeglichen Leben

Indigenas, oder Mayas, wie sie hierzulande auch genannt werden, sind ein fester und nicht weg zu denkender Bestandteil der guatemaltekischen Gesellschaft. In Guatemala schaetzt man, dass ungefaehr die Haelfte aller Einwohner von direckt indianischer Abstammung sind. Die offiziellen Zahlen sind meist etwas niedriger, aber schwanken immer um diesen Bereich. Man sieht Indigenas ueberall in Guatemala, und sie unterscheiden sich von der zweiten grossen Bevoelkerungsgruppe Guatemalas, den Ladinos (Mischlinge zwischen Weissen und Indigenas), durch Kleidung, Gewohnheiten, Verhalten, Sprache und eben durch die gesellschaftliche Stellung. Die ist nicht schwer zu erkennen. Waehrend der Grossteil aller Ladinos um die Hauptstadt Guatemala-City versammelt ist und eher einen relativen Zugang zu Arbeit, Bildung und Infrastruktur geniesst, lebt der Grossteil aller Indigenas nach wie vor auf dem Land und betreibt Landwirtschaft oder arbeiten auf irgendwelchen Fincas oder in den auslaendischen “Maquilas” (Textilfabriken”). Die meisten Indigenas leben von dem was ihnen der Boden

gibt, und sie fahren in Scharen in die naechstgelegenen Staedte um auf den dortigen Maerkten ihre Waren zu verkaufen. Ausser landwirtschaftlichen Produkten verkaufen sie auch noch kunstlerische Sachen, also Stoffe, Kleider, Holzschnitzereien, Instrumente, Taschen, Geldbeutel... und alles moegliche. In den touristischen Zonen des Landes gibt es extra Kunstmaerkte mit allerlei wunderschoenen Mayasachen zu kaufen.

Es ist also nicht schwer zu erkennen wo sich die Trennlinie zieht: Ladinos gehen meistens zur Schule, kommen aus geregelten Familienverhaeltnissen, haben nicht selten ganz schoen Geld in der Tasche, gehen spaeter auf die Universitaet und finden meist irgendwelche wenigstens halbwegs geregelten Arbeitsverhaeltnisse (was halt so fuer Guatemala leider ueblich ist). Indigenas hingegen gehen meist nicht auf die Schule, helfen frueh den Eltern beim Arbeiten oder Verkaufen ihrer Produkte, tuemmeln sich auf den Maerkten und versuchen den Touristen und besser betuchten Guatemalteken ein Paar "Centavos" abzuluchsen. Die vielen Bettler die man in Guatemala antrifft sind auch in ueberwaeltigender Mehrheit Indigenas und auch in den richtig ueblen Gegenden von Guatemala-City (und wahrscheinlich auch anderer Stadte) sind die Mehrheit der Leute indianischer Herkunft (wenn nicht direckt dann in jedem Fall in zweiter Generation). Ein etwas aufmerksamer Beobachter merkt in Guatemala schnell dass die Indigenas von dem bescheidenen Fortschritt (ich bezweifle dass man es ueberhaupt so nennen kann) in Guatemala wenig bis ueberhaupt nichts abbekommen und in ihrer Misere und Armut ohne Ausweg feststecken.

Was den hartnaeckigen Rassismus auf Seiten der Ladinos festmacht erfaehrt man natuerlich erst wenn man sich in Guatemala ein Weilchen aufhaelt und vor allem mal ein paar Leute besser kennenlernt. Ich habe bereits im Voraus ueber den unbewussten Rassismus in Guatemala gelesen und war trotzdem mehr als ueberrascht, ja sehr erschrocken, wie selbst gebildete Guatemalteken mit Universitaetsabschluss in ihrem Denken auf die Spur der kulterellen Vorurteile abtrifften und die Indigenas mit einer wirklich haesslchen Geringschaetzung betrachten. In Guatemala ist es nach wie vor ueblich, "Indio" als Schimpfwort (Idiot, Trottel) zu benutzen und Indigenas mit schmutzig, dumm und rueckstaendig gleich zu stellen. Wenn man auf

dieses Thema mit Einheimischen stoesst, findet man oft eine der erschreckendsten Seiten der Guatemalteken.

Kulturelle Trennung

Die Ursachen hierfuer liegen besonders in der gesellschaftlichen Trennung, diese fuehrt aber in nicht geringem Masse auf die beachtlichen Unterschiede in der Kultur und die Unfaehigkeit der heutigen Gesellschaft, diese zu integrieren, zurueck. In Gespraechen mit Guatemalteken erkennt man oft, dass die kulturellen Eigenarten der Indigenas und ihre Gewohnheiten ein sehr grosser, vielleicht sogar der wichtigste Grund fuer ihre Geringschaetzung ist.

Indigenas sind in vielen ihrer Lebensgewohnheiten sehr verschieden von dem westlichen Lebensstil und kommen nicht selten seltsam vor. Das liegt zum Teil in kulturellen Eigenarten, in anderen Gewohnheiten, aber sehr oft auch in mangelnder Bildung oder fehlenden Moeglichkeiten bzw. Perspektiven. Waehrend die moderne Ladino-Gesellschaft in Guatemala sich an westlichen Standarts orientiert, leben die Mehrzahl aller Indigenas nach wie vor in ihrer eigenen Welt, mit ihrer eigenen Sprache, ihrer eigenen Kleidung, eigenen kulturellen Eigenarten und fernab des Segens der technischen Errungenschaften (was natuerlich nicht heissen soll dass Indigenas keine Autos oder Fernseher haben, aber insgesamt nutzen sie viel weniger technische Errungenschaften und haben auch vor allem viel weniger Zugang dazu). Deswegen wird das Wort “Indio” auch oft mit rueckstandig gleichgesetzt.

Die Ursachen hierfuer liegen natuerlich in allererster Linie durch die mangelnden Moeglichkeiten der Indigenas, sich aus ihrer Misere zu befreien. Bei einem Analphabetenanteil der indianischen Frauen auf dem Land von 60% ist das auch nicht weiter verwunderlich. Bildung ist das groesste Problem in Guatemala, nicht nur fuer Indigenas, aber besonders. Die meisten Indigenas kommen nie in den Genuss einer ordentlichen Schulausbildung und haben deswegen auch keine Moeglichkeiten eine einigermassen ordentliche Anstellung und einen Beruf zu erlangen. Die wenigen, die in den

Staedten Arbeit bei den Textilunternehmen bekommen verdienen einen Hungerlohn und bleiben auch dort ihr Leben lang ungebildet, bis auf dei ganz wenigen, die es schaffen nebenher noch eine Privatausbildung zu finanzieren. So bleiben die Indigenas ihr Leben lang in ihren traditionellen Einkunftsmoeglickeiten gefangen und damit natuerlich auch in ihren alten Gewohnheiten und Lebensweisen.

Die kulturelle Trennung in der guatemaltekischen Gesellschaft ist somit allgegenwaertig und verhindert auch ein Durchbruch des Rassismus. Ladinos bleiben unter sich, und Indigenas auch. Man findet ganz wenig Leute (Ladinos oder Weisse), die von sich behaupten koennen, Indigenas wirklich als Freunde zu haben und/oder Indigenas wirklich gut zu kennen. Die Ursache hierfuer ist sicherlich eine beidseitige Ablehnung, bei den Ladinos eher aus Verachtung und Geringschaetzung, bei den Indigenas aus einer Mischung von Zweifel und vor allem auch Wut und Aerger.

So wird ein Durchschnitts-Guatemalteke mit dem ueblichen Vorurteilen und unbewussten rasisstischen Denkweisen denn auch antworten , dass die Indigenas doch genauso sind, sich doch selber abgrenzen und auch rassistisch ueber Ladinos denken. Dass sie genauso sind wie Ladinos und rassistisch denken ist natuerlich Bloedsinn. Selbst wenn einige Indigenas Vorurteile ueber Ladinos haben sollten muss man bedenken, dass sie ihre Lebensweisheiten meistens von irgendwelchen verbitterten Dorfaeltesten oder Familienmitgliedern haben, waehrend die Ladinos im Gegensatz dazu Zugang zu einer allegemeinen Bildung geniessen, die ihnen ein sehr viel differenzierteres Bild ermoeglicht. Aber dass sie sich oft selber abgrenzen ist nicht ganz falsch. Um das zu verstehen muss man vor allem ihre historischen Erfahrungen der letzten 500 Jahre in Betracht ziehen. Leider bedeudete die Ankunft der Europaer und deren “fortschrittliche” Lebensweisen und Technologien in ganz Amerika fuer die indianischen Ureinwohner kein Glueck, Segen und Verbesserung der Lebensverhaeltnisse, sondern im Gegenteil Leid, Trauer, Versklavung, Vertreibung, Unterwerfung und Unterdrueckung. Viele Indigenas haben heute nach der wenigstens gesetzlich garantierten Gleichstellung wieder einen Stolz fuer ihre Kultur erlangt, der vermischt ist mit einem tiefen Groll und Wut auf die

Unterdruecker. Deswegen leben heute nicht wenige Indigenas in ganz Lateinamerika ganz bewusst in ihren eigenen Gemeinden, leben ihre alte Kultur aus und wollen von neumodischen Lebensstilen der “Weissen” nichts wissen.

Wenn man heute mit Indigenas in Lateinamerika arbeiten will, muss man deswegen zuallererst diese historische Tatsache anerkennen und ihre ungeheuere Bedeutung verstehen. Natuerlich waere es viel leichter, wenn man einfach in ein Indigena-Dorf reinspazieren und den Einwohnern die Weisheiten und Segen der modernen Lebensweisse nahelegen koennte. Doch ein Volk, dass von den Menschen gleicher
Herkunft jahrhundertelang brutalst unterdrueckt und versklavt wurde und bis heute noch den Rassismus gegen sie in jeder Ecke spuehrt, reagiert extrem empfindlich auf “Missionierung”. Um so mehr in einem Land wie Guatemala, wo die Indigenas noch bis vor 20 Jahren einen regelrechten Terror von seiten des Staates erleiden mussten.

Indigenas waehrend der Militaerdiktatur in Guatemala

Guatemala erleidete leider waehrend des 20.Jahrhunderts eine der traurigsten und blutigsten Geschichten ganz Lateinamerikas. Vor allem weil es Anfang der 50er Jahre noch eines der hoffnungsvollsten Laender des Kontinents war, weil mit Jacobo Arbenz Guzman ein sehr fortschrittlicher Praesident an die Macht gelangt war, der die verkrustete Gesellschaftsstruktur aufbrechen und die Privilegien der Oligarchie brechen wollte. 1954 wurde die fortschrittliche Regierung weggeputscht und es began ein langer Leidensweg fuer die Guatemalteken unter der starken Hand des Militaers, der offiziell 1984 endete, aber in Wirklichkeit noch heute lange nicht ausgestanden ist. Die verschiedenen Miltaerdiktatoren terrorisierten die eingeschuechterte Bevoelkerung mit unterschiedlich krassen Repressalien, von denen die indigene Bevoelkerung besonders brutal getroffen wurde. Den Hoehepunkt der blutigen und traurigen Geschichte erlebte die guatemaltekische Bevoelkerung und besonders die Indigenas am Ende der (offiziellen) Militaerdiktatur 1978 – 1984 unter den Generaelen Fernando Lucas Garcia und Efrain Rios Montt, waehrend der sogenannten

“Politik der verbrannten Erde”. Zu dieser Zeit wurde die guatemaltekische Bevoelkerung mit einem unglaublichen Terror ueberzogen, als naemlich mit dem Vorwand auf der Suche nach der Guerilla zu sein ganze Doerfer ermordet wurden. Heute ist bekannt und offiziell von der UN anerkannt, dass damals etliche Massaker und Verbrechen gegen die Menschheit von unglaublichem Ausmass begangen wurden. In Gegenden, wo die Guerrilla vermutet wurde, wurden systematisch Doerfer auf dem Land aufgesucht und die Einwohner einfach massenhaft getoetet, um “der Gefahr der Guerrilla vorzubeugen”. Und da wir vorher ja schon gelernt haben, wer hauptsaechlich in Doefern auf dem Land schon immer gewohnt hat und immer noch wohnt, wissen wir auch, wer hauptsaechlich die Opfer dieser schrecklichen Verbrechen waren (uebrigens gibt es nicht selten Guatemalteken, die ihre schlechte Bildung armselig in Beweiss stellen, indem sie die Regierungszeit von Rios Montt oder anderen Monstern gutheissen. Aber ist in Deutschland ja auch nicht so unueblich). Noch heute werden Massengraeber aus dieser Zeit ausgegraben und ihre Ausgraeber bedroht und eingeschuechtert. Die Verantwortlichen wurden natuerlich in der Versoehnungsrethorik der 90er Jahre nie zur Verantwortung gezogen. Der Fall Rios Montt schiesst den Vogel ab, als der General hoechstpersoenlich bei der letzten Wahl 2004 als Praesidentsschaftskandidat antrat. Heute ist wie gesagt allgemein bekannt was damals in Guatemala und auch vielen anderen Laendern Lateinamerikas geschehen ist. Und trotzdem wundert sich der unbewusst rassistische Durchschnitts-Guatemalteke (Lateinamerikaner) heute noch, warum die Indigenas eigentlich so verschlossen und vor allem so „rueckstaendig“ sind (!).

Loesungen

Um bei diesem fuer ganz Lateinamerika unglaublich wichtigem Thema nach Loesungen zu suchen, bedarf es natuerlich einer sehr tiefgehenden Kenntniss des Problems und sehr wahrscheinlich auch einer erbrobten praktischen Erfahrung, denn mit derart tief verwurzelten gesellschaftlichen Spannungen umzugehen ist nicht einfach und dauert ausserdem natuerlich seine Zeit. Deswegen will ich mir als Europaer und 100% “Reingschmeckter” mit sehr

wenig eigener Erfahrung auch nicht anmassen, hier eine Loesung auf dem Silbertablett zu praesentieren. Aber trotzdem denke ich einige Einschaetzungen wagen zu koennen. Ganz sicher heisst auch hier das Schluesselwort Organisation. Die Indigenas brauchen starke Organisationen, um ihre Rechte zu erkaempfen und zu vertreten. In fast allen Lateinamerikanischen Laendern gibt es mittlerweile Indigena-Organisationen, so z.B. aktuell die Conic (Coordinadora Nacional Indigena y Campesina) in Guatemala. In vielen Laendern Lateinamerikas stellen Indigena-Organisationen mittlerweile einen beeindruckenden Protest auf die Beine, so in letzter Zeit vor allem in Bolivien und Ecuador (wo gerade fast das ganze Land im Protest gegen Freihandel mit den USA lahmgelegt wurde). Aber das ermutigendste Beispiel stellen sicherlich die Zapatisten in Mexiko dar, eine Guerrilla-Organisation, die 1994 einen bewaffneten Aufstand durchfuehrte um Forderungen fuer ein besseres Leben der Indigena-Bevoelkerung durchzusetzen. Dieses Beispiel ist vor allem ermutigend, weil hier einerseits verstanden wurde, ganz spezifische Indigena-Forderungen mit allgemeinen politischen Fragen zu verbinden, und andererseits dass der Staat sich nicht als Dialogpartner darstellt, sondern als Hauptverantwortlicher und –vertreter der bestehenden Probleme.

Sicherlich muss verstanden werden, dass das Indigena-Problem nicht einer besonderen Politik dieser oder jener Partei entspringt, sondern seine Ursachen in der etablierten politischen und oekonomischen Ordnung seit der Conquista hat. Deswegen kann dieses Problem nicht durch Dekrete und Libbenbekenntnisse geloest warden, sondern bedarf einer tiefergreifenden politischen und oekonomischen Aenderung. Doch ueber einige antikapitalistische Frasen kommen auch die Zapatisten nicht hinaus. Das ist auch nicht unbedingt notwendig. Die Indigenas brauchen eigene Organisationen, die ihre spezifischen Probleme ganz speziell behandeln, aber sehr gut verstehen dass die bestehenden Probleme strukturell und politisch sind. Doch ihre Misere entgueltig beenden koennen sie natuerlich nur Hand in Hand mit allen anderen unterdrueckten Menschen Lateinamerikas, und dafuer bedarf es politische Organisationen, die sich dem allgemeinen Problem Lateinamerikas und allen kapitalistischen Gesellschaften annehmen. Mit Sicherheit wird das Problem der Indigenas endgueltig nicht im Rahmen

der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu loesen sein, weil es gerade diese ist die die bestehenden Verhaeltnisse entwickelte und reproduziert.

Die Befreiung der Frau

Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus – Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frauen!

Der Internationale Frauentag hat eine lange und kämpferische Geschichte. Am 27.August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz auf Initiative von Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. Der erste fand am 19.März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt.
Zentrale Forderungen waren: -gegen imperialistischen Krieg; -Arbeitsschutzgesetze; -ein Wahl- und Stimmrecht der Frauen;-gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung;
-der Achtstundentag; -ausreichender Mutter- und Kinderschutz;
-Festsetzung von Mindestlöhnen.

Erst im Jahre 1921 wurde der 8.März auf Beschluss der II. kommunistischen Frauenkonferenz festgelegt. Am 8.März 1857 sowie 1908 traten Textilarbeiterinnen in New York in einen Streik. 1908 kamen 129 Arbeiterinnen beim Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ums Leben. Anlässlich des Frauentages am 8.März 1917 – nach dem alten russischen Kalender der 23.Februar – traten Textilarbeiterinnen in Petersburg in einen Streik der auf andere Sektoren übergriff und somit die

„Februarrevolution“ auslöste.
Die Frauenbewegung teilte sich aber im Lauf ihrer Entwicklung im wesentlichen in die bürgerliche Frauenbewegung und die proletarische Frauenbewegung. Sie unterscheiden sich in ihrer Konzeption grundsätzlich und faktisch voneinander. Wo die bürgerliche Frauenbewegung volle Emanzipation durch Reform der bürgerlichen Gesellschaft forderte, sah die proletarische Frauenbewegung die Lösung ihrer Probleme nur in der Aufhebung der derzeitigen Gesellschaftsform – Revolution.

Welches Gesicht hat die Frauenunterdrückung heute?

Die Unterschiedliche Wertigkeit der Geschlechter in der Gesellschaft wird heute Sexismus genannt. Die konservative Form davon verdeutlicht sich in den vorherbeschriebenen historischen Geschlechterrollen, wo die Frauen immer noch für Herd, Heim und Haushalt zuständig sind und der Mann das Geld verdient.
Auch heute noch leben wir in einem Männerdominiertem System, dem sogenannten Patriarchat und das macht es Frauen immer noch besonders schwer in der Berufswelt. Der Anteil der Frauen v.a. im Teilzeitbereich und bei Gelegenheitsjobs steigt, weil sich die Verfügbarkeit von sicheren Vollzeitarbeitsplätzen verringert. Dies zwingt Frauen dazu, nach Arbeit Ausschau zu halten, die sich mit ihren häuslichen Verpflichtungen vereinbaren lässt.

Die Globalisierung hat die Formen, nicht aber das Wesen der Frauenunterdrückung verändert, das immer noch in der Verantwortlichkeit für Haushalt und Familie wurzelt.
Sie bekommen häufig weniger Lohn, bei gleicher Leistung, als ihre männlichen Kollegen und sind besonderen Repressionen der Bosse ausgeliefert. Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz sind für viele Frauen bittere Realität! In der sogenannten „Dritten Welt“ werden Arbeiterinnen gewohnheitsgemäß missbraucht und ihnen wird kein Mutterschaftsurlaub gewährt.

Sexismus spiegelt sich gerade heute in unserer Gesellschaft in vielen

Bereichen des täglichen Lebens wieder. Die Werbung, die man täglich im TV oder auf der Straße vorgesetzt bekommt, ist voll von halbnackten Frauen. Werbemacher versuchen damit, je nach Produkt, zum einen der Frau einzureden, dass sie auch wie ein Modell aussehen kann, wenn sie das Produkt kauft. Und zum anderen wird den Männern versucht weis zu machen, das sie auf Frauen attraktiv wirken wenn sie zum Beispiel dieses oder jenes Auto fahren, bzw Deodorant benutzen. Dies wirkt sich auf das gesellschaftliche Leben beider Geschlechter aus. Es impliziert das die Sexualität einen sehr hohen gesellschaftlichen Stellenwert hat. Dabei zielen die Werbemacher nur auf hohe Verkaufszahlen der Produkte ab! Die Frau wird also als Mittel zum Zweck regelrecht benutzt und erniedrigt!
Die äußerste Form hierbei ist die Prostitution, meist von einem Zuhälter, werden Frauen durch Gewalt gezwungen auf den Strich zu gehen. In einigen Fällen sieht manche Frau, aufgrund von Armut, keinen anderen Ausweg als sich zu prostituieren.

Was dagegen tun?

Der Kampf um die Frauenbefreiung wird auch heute noch mit Feminismus gleichgesetzt. Dieser koppelt aber die Unterdrückung der Frauen von der Klassengesellschaft ab und macht sie allein in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen fest. Er fördert die Ansicht, dass sich die Frauen aller Klassen zusammenschließen müssten, um ihre Unterdrückung zu bekämpfen. Nur haben die Frauen der herrschenden Klasse kein Interesse am Kampf gegen Niedriglohn, Wohnungsnot und mangelnden Zugang zu Gesundheitsfürsorge, also an jenen Problemen , unter denen der Großteil aller Frauen täglich zu leiden hat.
Die Mehrheit der Frauen wird erst dann von ihren Fesseln befreit sein, wenn die ökonomischen Grundlagen, basierend auf einer Klassenherrschaft mit männlicher Vormacht, beseitigt sind. Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Befreiung der Frauen!

Deshalb setzen wir uns überall auf der Welt für die gleichen Rechte ein, die von den Frauenbewegungen der imperialistischen Staaten in den

vergangenen Jahrhunderten errungen wurden: gleiches Wahlrecht, Recht auf Arbeit, auf Bildung und unbeschränktes Recht auf Teilnahme an allen öffentlichen, gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten.
Des weiteren kämpfen wir für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr, Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln und Abtreibung auf Verlangen ohne Altersbeschränkung! Verfolgung und Kriminalisierung von sexuellen Belästigungen und häuslicher Gewalt jeglicher Art! Recht auf sofortige Scheidung bei Verlangen und gleiche Aufteilung des Hauhaltbestandes, egal ob in Ehe – oder freier Gemeinschaft gelebt wurde!
Deshalb treten wir für eine proletarische Frauenbewegung ein, die gemeinsam mit Männern gegen geschlechterbezogene Diskriminierung, der daraus resultierenden Unterdrückung und Überausbeutung der Frauen, kämpft!

Europa Rascista!

Vertreibung der Roma und Sinti aus Frankreich

September 2010

Die widerwärtigen rassistischen Machenschaften von Sarkozy und seiner Regierung in Frankreich sollten alle Anti-Rassist_innen und fortschrittliche Jugendliche Gift und Galle spucken lassen. Seit geraumer Zeit führt Nikolai Sarkozy seinen selbst angekündigten „Krieg“ gegen die über 8000 in Frankreich lebenden Roma und löst seither systematisch „illegale“ Roma Siedlungen auf und schiebt deren Einwohner nach Rumänien oder Bulgarien ab. Bis jetzt wurden über 100 Personen nach Bulgarien abgeschoben und das weitere Vorgehen ist für die französische Regierung sehr klar: Es sollen bis Ende Oktober 250 Roma Siedlungen aufgelöst und weitere Roma abgeschobenen werden.

Roma und Sinti leiden in gesamt Europa unter unvorstellbar miserablen Lebensbedingungen, enormen rassistischen Hetzkampagnen und in Teilen Europas sogar unter Ausschluss aus dem Bildung- und Arbeitssektor. In Wirklichkeit haben Roma und Sinti im kapitalistischen System überall den Status von Bürgern Dritter Klasse! Leider zieht sich dieses traurige Schicksal durch die gesamte Geschichte der Roma und Sinti: Gesellschaftlicher Ausschluss und absolute Diskriminierung von Roma und Sinti im Mittelalter, verübter Genozid an Roma und Sinti zu Zeiten der Ns- Herrschaft, Weigerung der Anerkennung der Verbrechen die an Roma und Sinti während der Nazi-Zeit verübt worden, pogromartige Ausschreitungen und politische Hetzkampagnen vor allem im Osten Europas (geforderte „Endlösung der Zigeunerfrage“ in tschechischer Wahlwerbung, pogrom-artige Ausschreitungen und Gewaltakte gegen Roma in Ungarn…). Die heutige Situation der Roma ist noch immer ein Desaster und vor allem im Osten hat sich ihre Situation nach dem Zusammenbruch des Stalinismus enorm verschlechtert.

Die Hetzkampagne gegen Roma beschränkt sich natürlich nicht auf Frankreich sonder ist in ganz Europa zu finden. In Ungarn, Italien, Bulgarien und vielen weiteren Ländern werden neben widerlichen politischen Anti-Roma Kampagnen auch organisierte Gewaltakte gegen Roma organisiert. Man kann sicher von einem mehr oder weniger Europaweiten systematischen Terror gegen Roma und Sinti sprechen. Roma und Sinti werden politisch ausgenutzt um als Sündenbock für die Krise, von der eigentlichen Schuld der Banker und Aktienspekulanten und über die verschissene wirtschaftliche Lage, hinwegzutäuschen. Hierbei zerstört dieses kapitalistische System wie immer die Existenzen der ärmsten der Armen und hetzt die Gesellschaft gegen die wehrlosen Teile einer Gemeinschaft auf in der Hoffnung die Arbeiterinnen und Arbeiter würden in der Blindheit ihres Hasses vergessen dass wir alle das selbe Leid erstragen, dass wir nur zusammen kämpfen können und dass die Feinde nicht die Roma und Sinti sondern die Banker, Bullen, Bosse und Börsenmakler dieser Welt sind.

EU Politiker_Innen und bürgerliche Medien können sich bei den Geschehnissen in Frankreich an geheuchelter Empörung gar nicht

übertreffen und sehen in Sarkozys Politik die Gleichberichtigung aller EU Bürger gefährdet. Diese höhnischen Krokodilstränen sollen sie sich sparen, in dem von ihnen geführten und aufrechterhaltenen System dass auf Ungleichheit, Ausbeutung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit beruht gleicht ihr Geschwafel von Freiheit und Gleichheit einem Schlag ins Gesicht. In diesem System werden wir Jugendliche, Frauen, Arbeiter_Innen, Migrant_Innen wie auch Roma und Sinti niemals frei sein und wird es niemals Gerechtigkeit und Gleichberechtigung geben deshalb müssen wir organisiert für ein neues, ein von Unten nach Oben aufgebautes und ein klassenloses System kämpfen….für den Sozialismus….für die Revolution

---

Atompolitik: Schwarz/gelber Störfall

September 2010

Ausgeschlossen, unwahrscheinlich, auf jeden Fall beherrschbar - mit solchen Beschwichtigungen wird seit Jahrzehnten die Gefährlichkeit der Atomenergie von den Energiekonzernen kleingeredet.

Schützenhilfe bekommt die Atomlobby dabei auch von der schwarz/gelben Bundesregierung. Kanzlerin Merkel und die CDU haben dazu eine neue Argumentationslinie gefunden: Kernkraft als Brückentechnologie hilft gegen den Klimawandel, weil durch die AKW die CO2-Emissionen niedriger ausfallen. So ist der jetzt geplante Schritt zum Ausstieg vom Ausstieg nur eine logische Konsequenz. Unklar ist dabei nur noch, wie man es der Bevölkerung angesichts abnehmender Umfragewerte der Koalition und der Ablehnung längerer Laufzeiten durch 60% Prozent der Bevölkerung verkauft.

Gewinnmaximierung statt Sicherheit

Geplant ist die Einführung einer Brennelementesteuer, die jährlich 2,3 Mrd. Euro in den klammen Bundeshaushalt spülen soll. Damit soll u.a. das marode Atommülllager Asse saniert werden, was eigentlich aber sowieso Aufgabe der Atomkonzerne wäre. An diese Brennelementesteuer ist aber ebenfalls die Verlängerung der Laufzeiten der AKW gekoppelt - die Frage hierbei ist, wie lange und nicht, ob überhaupt.

Nun streitet sich die Koalition darum, um wie viele Jahre die Betriebserlaubnis der AKWs verlängert werden soll. Merkel plädiert aktuell für eine Verlängerung von 10 bis 15 Jahren. Vattenfall-Chef Hatakka meint dazu: „Rein technisch sind 28 Jahre machbar“.

Nicht erst seit heute gelten Deutschlands Meiler als hoffnungslos veraltet, vom neuesten Stand der Technik weit entfernt und das Risiko von Verschleißerscheinungen wird täglich größer. Laut Bundesamt für Strahlenschutz kommt es durchschnittlich alle drei Tage zu einem Zwischenfall. Allein 2009 gab es 120 Störungen in deutschen AKW, davon 91 meldepflichtige, d.h. schwerere, fünf bis acht Meiler wurden wegen Sicherheitsmängeln mehrfach abgeschaltet. Als Neuanlagen wären diese Meiler seit vielen Jahren schon nicht mehr genehmigungsfähig. Bei weiterer Laufzeitverlängerung ist der nächste Super-Gau vorprogrammiert.

Aber auch ohne Störfall ist ein AKW schädlich oder gar tödlich. Schon im Normalbetrieb verseucht es die Umwelt. Die Leukämierate bei Kindern im Umkreis deutscher AKW ist siebenmal so hoch wie im Rest Deutschlands. Noch gefährlicher sind die Wiederaufbereitungsanlagen, wie z.B. La Hague in Frankreich. Sie gibt 40 mal mehr Radioaktivität an die Umwelt ab als alle 439 Atomkraftwerke weltweit zusammen!

Ein großes Problem ist, dass niemand weiß, wo der atomare Abfall bleiben soll. Sichere Endlager gibt es nirgendwo auf der Welt, stattdessen wird der Müll hin- und hergefahren,

auf Deponien geschafft oder in diverse Zwischenlager gesteckt, von denen eines unsicherer ist als das andere. Das Atommülllager Asse, das erst seit 1967 genutzt wird, zeigt, dass noch nicht einmal die Endlagerung über vier Jahrzehnte sicher ist. Seit 1988 dringt dort aus unbekannter Quelle täglich Wasser in die mit radioaktivem Müll gefüllten Stollen ein. Die inzwischen radiaktive Lauge droht, das Grundwasser zu verseuchen. Da ist die Aussage von Hatakka schon eher als Drohung zu verstehen.

Ausstieg?

Das jetzige, von der damaligen SPD/Grünen-Regierung 2000 ausgehandelte Gesetz sieht einen „Ausstieg“ bis 2022 vor. Das damals mit denselben Energiekonzernen, die heute Druck dagegen machen, bereits ein Vertrag beschlossen wurde, zeigt, wie sich das Kapital an Verträge hält und welche Bedeutung sie haben, wenn es um die Beschneidung seiner Gewinne geht. Auch dafür, diesen Vertrag zu brechen, bedurfte es der schwarz/gelben Wunschregierung des Kapitals, die nicht wie in diesem Fall die Grünen mit einer Basis konfrontiert sind, die Atomenergie ablehnt.

Als im Bundestag „quer durch alle Parteien“ und selbst in der Merkel-Regierung viele mit dem Zurückweichen vor den Atom-Konzernen nicht einverstanden waren, gingen diese dazu über, offen mit der Abschaltung der Atomkraftwerke zu drohen, oder die Zahlung einer Brennelementesteuer einfach zu verweigern. Ein von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall ausgehandelter Deal sieht nun vor, einmalig 30 Mrd. Euro an den Bund zu zahlen - für den Fall, dass die AKW-Laufzeiten um mindestens 12 Jahre verlängert werden und die Regierung auf die geplante Steuer verzichtet.

Bei verlängerten Laufzeiten würden die Energiekonzerne 6,5 Mrd. Euro zusätzlichen Gewinn einfahren - pro Jahr! Bei 12 Jahren macht das 78 Milliarden! Bei solchen Zusatzprofiten kann man schon mal 30 Milliarden locker machen. Klar, dass man sich eine solche atomare Gelddruckmaschine nicht stilllegen lassen will. „Selbstverständlich“ ist für die Konzerne auch, dass die „externen Kosten“ für die Lagerung

von Atommüll, Umweltschäden und daraus resultierende Krankheiten auf die Gesellschaft abgewälzt werden.

Da sich die Bundesregierung ziert, ihre Käuflichkeit offen zu zeigen, setzen die Energiekonzerne die Regierung auch mit einer Anzeigenkampagne unter Druck, in der sie diese auffordert, „bis auf weiteres“ an Kohle- und Atomstrom festzuhalten.

Gekaufte Politik

Kein Wunder, haben sich doch die großen vier Energiekonzerne E.on, RWE, EnBW und Vattenfall den deutschen Markt fein säuberlich aufgeteilt, Wettbewerber gibt es kaum. Mit solch einem Oligopol lässt sich bürgerliche Politik bestens korrumpieren und zudem kann man die Preise bestimmen. Durch die traditionell enge Verwobenheit von Politik und Energiekonzernen haben es die Konzerne besonders leicht, ihre Interessen durchzusetzen. Da sitzen Abgeordnete in Aufsichtsräten, Ex-Politiker werden Chefstrategen und Lobbyisten sitzen in den Ministerien. So haben sie beste Kontakte zur Regierung, um Entscheidungen wie die geplante Brennelementesteuer zu beeinflussen, Gesetze zu entschärfen oder gar zu verhindern. War diese Steuer noch fester Bestandteil des „Sparpakets“ von Schwarz-Gelb, beginnt diese nun, zugunsten der einmaligen Abgabe umzufallen. Jetzt verhandelt das Finanzministerium direkt mit den Betreibern darüber. Nach klassischem Muster wurde die Gesetzesvorlage in Form eines Energiewirtschaftsvertrages mit dem Finanzstaatssekretär ausgehandelt.

Auch der unter Rot/Grün beschlossene „Ausstieg“, der jetzt gekippt werden soll, war ein Kniefall vor den Stromgiganten. Der Ausstieg hätte so oder so gar nicht stattgefunden, denn die Vereinbarung mit der Stromwirtschaft vom Juni 2000 war in Wahrheit ein Bestandsschutz für die laufenden Meiler. Diese Beispiele zeigen, dass bürgerliche Parteien oder die Regierung eben nicht die Interessen der WählerInnen vertreten, sondern am Gängelband - und manche auch direkt an den Futtertrögen -

der Konzerne hängen.

Ein wirklicher Ausstieg aus der Atomenergie würde daher auf heftigen Widerstand des Kapitals stoßen und kann daher nur gegen den Willen der Herren in den Ämtern und Chefetagen durchgesetzt werden - und auf Kosten ihrer Profite.

Seit Jahrzehnten kassiert die Atomwirtschaft riesige Subventionen. Schätzungen sprechen aktuell von jährlich 17 Milliarden. Trotzdem wälzen die Konzerne jede Steuer, jede Beschränkung ihre Gewinne über den Preis auf die Kunden ab. So erwartet die Regierung lt. des Sprechers des Bundesfinanzministeriums eine Strompreiserhöhung um 1,5 Cent pro Kilowattstunde.

„Grüne“ Alternativen?

Leider fordern auch Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace eine Erhöhung 2,5 Cent je Kilowattstunde für Atomstrom. So richtig diese Forderung ist, wenn sie auf die Strompreise für Unternehmen zielt, die sich verstärkt um energiesparende Technologie bemühen müssten, so falsch ist diese Forderung, soweit sie Kleinverbraucher betrifft. Warum? Höhere Strompreise belasten die Lohnabhängigen stärker, d.h. ihre Einkommen dienen noch mehr der Erwirtschaftung der Profite der Konzerne. Hinzu kommt, dass die „Wahlmöglichkeit“ gerade für die ärmeren Schichten der Arbeiterklasse ohnedies eine Fiktion ist. Die MieterInnen in den Großstädten können nicht beliebig über die bizarren Angebote am Strommarkt entscheiden.

Somit treffen Forderungen wie jene von Greenpeace genau jene Teile der Bevölkerung, die die kapitalistische Klimapolitik weder verursachen, noch durch ihr individuelles Verhalten groß beeinflussen können. Selbst der angedachte Effekt des Energiesparens tritt damit durchaus nicht automatisch ein. Schließlich können gerade die privaten Haushalte nicht beliebig einsparen ohne an Lebensqualität noch mehr zu verlieren. Richtig wäre es stattdessen, die Verwendung energiesparender Technik massiv zu fördern.

Bewegung

Die Anti-AKW-Bewegung hat in den letzten Jahrzehnten viel erreicht. Ohne sie ständen hier heute nicht 17 Atommeiler, sondern noch mehr. So konnte z.B. der Bau der geplanten Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf verhindert werden. Der Bau neuer AKWs war wegen des starken Widerstands sehr schwer durchsetzbar. Doch am Grundproblem, dass Konzerne Milliardengewinne mit der Atomenergie machen und dabei die Risiken und negativen Folgen für Mensch und Umwelt vergesellschaften, haben die Proteste nichts geändert.

Ein zentrales Argument vieler AtomkraftgegnerInnen ist, die Vormachtstellung der Großkonzerne (auch über die Stromnetze) zu beenden - zugunsten vieler kleiner regionaler Stromanbieter. Diese Position greift aber zu kurz. Erstens übersieht sie nämlich, dass damit die Konkurrenz am Energiemarkt nicht verschwinden, ja vielleicht sogar zunehmen würde, da natürlich auch kleinere Erzeuger, z.B. Stadtwerke daran verdienen könnten - und unter Konkurrenzbedingungen sogar müssten -, Überkapazitäten weiter zu verkaufen.

Zweitens ist eine grundsätzlicher Umbau des Energiesektors Richtung
erneuerbare Energie und Energiesparsamkeit an eine gesamtgesellschaftliche, ja internationale Planung gebunden, ohne die ein sinnvoller Mix aus verschiedenen Energieträgern, angepasster Technik und dementsprechenden Netzen unter der Anarchie des Marktes und zahlloser Privateigentümer scheitern muss oder aber nur sehr eingeschränkt möglich wäre. Zudem erfordert eine solche, in der Tat gesamtgesellschaftliche Umorientierung, auch riesige Kapitalmengen, die nur dann zentral zur Verfügung stehen, wenn den Konzernen ihre Pfründe entrissen werden.

Aufgaben der Bewegung

Gegenwärtig steht die Anti-Atom-Bewegung u.a. vor zwei zentralen Problemen.

Es gibt keine Kooperation mit den Beschäftigten in der

Energiewirtschft bzw. mit der zuständigen Gewerkschaft IG BCE. Um eine solche herzustellen, muss die Bewegung neben Forderungen zur Verbesserung der Sicherheit der AKW (die natürlich auch direkt im Interesse der dort Beschäftigten liegen) auch Forderungen einbringen nach direkter Kontrolle von AKW, Atomlagern usw. durch AnwohnerInnen, Beschäftigte und ExpertInnen ihres Vertrauens. Die Schließung von Atomanlagen darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen, d.h. Umschulungen u.a. Maßnahmen müssen geplant und aus den Profiten des Kapitals finanziert werden. Lohneinbußen oder Entlassungen dürfen nicht akzeptiert werden!

Dazu ist es auch notwendig, Forderungen an die Führung IG BCE zu stellen, den Kampf für einen Ausstieg aus der Kernenergie zu unterstützen. Ohne die bornierte Blockade-Politik der reformistischen Gewerkschaftführung zu brechen und Beschäftigten zu gewinnen, wird es sehr schwer sein, nur „von außen“ etwas zu erreichen.

Ein zweites wichtiges Moment im Kampf ist die Verbindung der Anti-Atom-Bewegung mit anderen Sektoren von Widerstand, v.a. der Anti-Krisen-Bewegung. Die Notwendigkeit dieser Verbindung ergibt sich schon aus der Tatsache, dass die Konflikte in beiden Bereichen eine gemeinsame Ursache haben: den Kapitalismus, das Privateigentum und das Profitstreben. Nicht zuletzt könnte die Anti-AKW-Bewegung so ihr Anliegen viel stärker popularisieren und Unterstützung finden.

Energiewende durch Planwirtschaft

Die gegenwärtige Gefahr, die von den heutigen AKW der Stromkonzerne und ihren Profitinteressen ausgeht, macht deutlich, dass ihnen der Betrieb dieser gefährlichen Anlagen nicht mehr überlassen werden darf. Sollen nicht wie bisher die Lohnabhängigen die bereits entstandenen Umwelt- und Gesundheitsschäden, die Castortransporte und die immensen zukünftigen Kosten für die Risiken der Endlagerung auch zukünftig zahlen, muss die gesamte Energiewirtschaft entschädigungslos unter Arbeiterkontrolle enteignet werden!

Das bedeutet auch, dass Schluss ist mit Hinterzimmerverhandlungen und Geheimverträgen. Bilanzen, Forschungsberichte und Gutachten müssen veröffentlicht werden, um die Risiken und Schäden genau abschätzen und bilanzieren zu können und um auch einen sofortigen Ausstieg vorzubereiten!

Solange diese Anlagen noch in Betrieb sind, muss unter Kontrolle von ArbeiterInnen und VerbraucherInnen ein nationaler und internationaler Energieplan erarbeitet werden, um einen möglichst schnellen, planmäßigen Ausstieg vorzubereiten und Überkapazitäten und Verschwendung zu vermeiden. Es wird nicht mehr der Profit über den Einsatz einer Technologie zu Energiegewinnung entscheiden, sondern gewählte Komitees von ProduzentInnen und KonsumentInnen aus Arbeiterklasse und Kleinbürgertum.

Ein solcher Plan zur Umstrukturierung der Energiewirtschaft würde zugleich bedeuten, dass die gesamte Produktion und Konsumtion der Gesellschaft verändert werden müsste. Das heißt u.a.: massive Förderung von Energie sparenden und Umwelt schonenden Technologien, Eliminierung unsinniger Produktionen und Verkehre, die nur aufgrund des Privateigentums und der Konkurrenz nötig sind.

Das ist jedoch nur umsetzbar, wenn die gesamte kapitalistische Gesellschaftsstruktur umgewandelt wird. Auf Dauer stellen regenerative Energieformen den einzigen Weg dar, die Energieversorgung der Menschheit zu sichern, hierzu muss auch die Forschung unter Arbeiterkontrolle gestellt werden, damit Ergebnisse und innovative nichtprofitträchtige Technologien nicht wie gegenwärtig einfach in der Schublade der kapitalistischen Auftraggeber verschwinden. Letztendlich kann die ökologische Krise, in die der Kapitalismus die gesamte Menschheit gerissen hat, nur über dessen Sturz gelöst werden. Die Verwüstung unseres Planeten und damit die Grundlage der menschlichen Reproduktion sind nur durch eine globale sozialistische Planwirtschaft möglich.

S 21: Der Flügel fällt – der Kampf geht weiter!

Flugblatt Antikapitalistische Aktion

September 2010

Unablässig betonen die S21-Betreiber, dass ihr Projekt unumkehrbar sei. Sie glauben, dass der Abriss eines Denkmals eine Bewegung stoppen kann. Sie irren sich!

Natürlich wird auch von der Massenbewegung gegen dieses Projekt der Denkmalschutz oder die alten Bäume betont. Aber es gibt viel mehr Gründe gegen dieses Projekt! Die hohen Kosten, der fehlende Nutzen, die Risiken der Tunnel und die geringere Leistungsfähigkeit des Projekts sind weitere gute Gründe, den Unsinn zu stoppen. Und für diesen Stopp kämpfen wir weiter!

Letztlich geht es längst um mehr. Ob Konjunkturpaket, „Griechenlandhilfe“ oder S21: den Banken, den Boden- und Finanz-Spekulanten und den Konzernen, ob Automobil, Bahn oder Bau, werden Milliarden zugeworfen, die bei der arbeitenden Bevölkerung, den Armen, den Rentnern und der Jugend wieder eingespart werden. Je mehr das Allen in der Bewegung bewusst wird, desto mehr kann sie in und um Stuttgart noch weiter wachsen und sich in andere Regionen ausbreiten.

Deshalb kämpfen wir als Antikapitalistische Aktion gegen S21 dafür, dass

• die Profiteure und politisch Verantwortlichen zu Adressaten von Aktionen werden;

• eine gemeinsame regionale Anti-Krisen-Konferenz mit Beteiligung aller Bündnisse gegen S21 und Sozialabbau stattfindet;

• RednerInnen der Anti-Krisen-Bewegung auf den Montagsdemos zugelassen sind! Schluss mit dem Stillhalten der Gewerkschaften!

• Gegen jede Kriminalisierung von Aktionen: Solidarität mit allen AktivistInnen! Schlussmit den Festnahmen - Einstellung aller Verfahren!

Unsere Forderungen

• Milliarden für den Ausbau des Öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs im Interesse der lohnabhängigen NutzerInnen! Kostenloser Nahverkehr für alle!

• Kein Börsengang der Bahn! Rückverstaatlichung der Bahn und der anderen Verkehrs- und Transportunternehmen, kontrolliert nicht durch Beamte oder Manager, sondern durch Komitees der Beschäftigten und der BenutzerInnen!

• Die Kapitalisten müssen zahlen! Entschädigungslose Eineignung der großen Konzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle!

Antikapitalistische Aktion gegen S 21 (AKA-S21) ist eine Initiative der Stuttgarter Ortsgruppen von Arbeitermacht und der Jugendorganisation REVOLUTION.

Wir werden jeden Montag, Mittwoch und Freitag am Nordflügel sein, um Vorschläge für das weitere Vorgehen zu beraten.

Bundestagswahl 2009

Aufruf der Jugendorganisation REVOLUTION

Nach vier Jahren „Großer Koalition“ von CDU/CSU und SPD gibt es am 27.9 Bundestagswahlen. Diese Bundesregierung hat die Politik der „rot-grünen“ Regierung fortgesetzt; die Anhebung der Mehrwertsteuer um 3%, die Einführung der Rente mit 67, die Aufstockung der deutschen Truppen in Afghanistan und der Kongo-Einsatz der EU unter deutscher Führung sind die konsequente Weiterführung der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze und der deutschen Aufrüstung und weiteren Militarisierung der Außenpolitik.

Diese Wahl findet statt, während die kapitalistische Weltwirtschaft ihre größte Krise seit 1929/1930 (mit dem sog. „schwarzen Freitag“) erlebt. Die Banken implodieren seit Herbst 2008, Billionen „fauler“ oder „toxischer“ Papiere sind praktisch entwertet. Heute gehen die Schätzungen von ca. 2,5-4 Billionen Dollar aus, die infolgedessen entwertet wurden. In dieser Krise haben der bürgerliche Staat und die aktuelle Bundesregierung klar bewiesen, auf wessen Seite sie stehen.

Den Banken wird mit einem 500 Milliarden schweren Bürgschaft geholfen und jede Besitzerfamilie wird großzügig umgeschuldet, während die Beschäftigten rausgeschmissen werden, oder der Staat über die Kurzarbeit die Lohnkosten übernimmt. In Deutschland sind bislang „nur“ ca. 500.000 Beschäftigte, darunter viele Leih –und ZeitarbeiterInnen entlassen worden, für den Großteil der betroffenen Branchen hat die Kurzarbeit die Entlassungswelle zumindest verschoben. Wir schreiben „nur“ 500.000, weil in den USA allein in den Monaten Januar bis März pro Monat ca. 750.000 Beschäftigte entlassen worden sind – diese Zahlen der kapitalistischen Supermacht zeigen das wahre Ausmaß der Krise.

In dieser Krise sind auch alle Haushaltsziele der letzten Jahre überflüssig

geworden – wir erinnern uns: die Angriffe auf die Arbeitslosen, die massiven Kürzungen innerhalb der Hartz-IV-Reformen, die Kürzungen und Privatisierungen im Bildungs –und Gesundheitsbereich wurden alle mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes gerechtfertigt. Die Neuverschuldung sollte auf Null sinken, damit die kommenden Generationen nicht unter der Schuldenlast der heutigen Generation erdrückt werden. Diese Propaganda ist heute Schall und Rauch – für die Verluste der Banken, für die Krise des Kapitals werden viele folgende Generationen heute verschuldet, ihre Steuern und ihre Arbeit sind auf Jahrzehnte an Staat und Kapital verpfändet.

In dieser Krise ist Widerstand notwendig, Widerstand der Jugend und Arbeiterklasse, der Arbeitslosen und Armen gegen die Auswirkungen der Krise – dagegen, das wir die Zeche für die Banken und Großkonzerne zahlen sollen. Am 28.3. gab es in Berlin und FFM Großdemos unter dem Motto – „Wir zahlen nicht für eure Krise“, mit ähnlichem Motto mobilisierte der DGB am 16.5. ca. 100.000 DemonstrantInnen nach Berlin. Für die Führung der Gewerkschaften und der SPD (am 16.5. lief SPD-Chef Franz Müntefering mit) reichen diese Demos als Protest, sie stellen auch keine konkreten Forderungen auf, wie wir denn dem Zwang entgehen könnten für die Krise zu zahlen, geschweige denn wie wir Widerstand gegen Kapital und Staat organisieren könnten. Einige empörte Phrasen gegen die „Gier der Manager“ werden losgelassen, um am nächsten Tag wieder genau mit diesen Lohnkürzungen, Kurzarbeit und Entlassungen zu verhandeln.

Was tun?

Heute stellt sich die Frage wie AntikapitalistInnen und revolutionäre SozialistInnen auf Krise und Bundestagswahl reagieren. Bei vielen gilt der Slogan „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten“ – daraus resultiert dann der Aufruf zum Wahlboykott und meist gleichzeitig zur Revolution. Diese anarchistische Politik ist kontraproduktiv für den Aufbau eines konsequenten antikapitalistischen und klassenkämpferischen Widerstandes, für den wir die Bundestagswahl ebenso wie den vorhandenen Widerstand gegen die Krisenpolitik von Staat und Kapital nutzen müssen. Ebenso wie wir die Mobilisierung des DGB am 16.5 unterstützten und dabei

gleichzeitig die reformistische Politik der Gewerkschaften anprangerten und für eine klassenkämpferische Opposition agitierten müssen wir auch bei der Bundestagswahl agieren.

Schon bei der Europawahl riefen wir zu einer kritischen Unterstützung der Linkspartei auf. Wir unterstützen die Forderungen nach einem Mindestlohn, nach dem Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, gegen die Rente mit 67, für die Abschaffung von Hartz IV. Diese Forderungen sind elementar für die politische Existenz der Linkspartei, diese Partei ist Produkt des Protestes gegen die Agenda 2010 von Kanzler Schröder, ist Produkt einer Abspaltung innerhalb der reformistischen SPD.

Inzwischen ist die Linkspartei auch in den Landtagen der alten BRD angekommen; in Hessen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg stellt sie Fraktionen im Landtag. Ihre Wählerstimmen kommen von den Arbeitslosen und den ArbeiterInnen, von denen, die der Politik der SPD nicht mehr vertrauen – die Linkspartei repräsentiert in überdurchschnittlichem Maße jene Wählergruppen, die von den sozialen Angriffen der letzten Jahren betroffen sind. Gemeinsam mit der Gruppe Arbeitermacht (deutsche Sektion der Liga für die 5. Internationale) benutzen wir das Mittel der kritischen Unterstützung im Umgang mit der Linkspartei. Es ist wichtig ihre Forderungen zu unterstützen, da sie die einzige Partei ist, die ihm Wahlprogramm den Bruch mit der Agenda 2010 und den Sozialkürzungen der letzten Jahre fordert. Damit vertritt sie die Forderungen der oben genannten Teile der Arbeiterklasse, die es bei der Bundestagswahl und in Krisenbündnissen und sonstigen Protesten zu unterstützen gilt. Wichtig hierbei ist vor allem, Wege der konkreten Umsetzung aufzuzeigen.

Dabei müssen wir klarstellen, dass der parlamentarische Weg der Linkspartei, eine angestrebte Regierung mit SPD und Grünen, der Bewegung gegen die Krise nicht helfen wird – die praktische Regierungspolitik der Linkspartei sehen wir seit 8 Jahren im berliner Senat. Die Linkspartei setzt konsequent die Agenda 2010 unter SPD-Bürgermeister Wowereit um – unter den Zwängen bürgerlicher Regierung macht die Linkspartei auch bürgerliche Politik. Die Spitze der Linkspartei versucht dies oft mit der desaströsen Finanzlage der Stadt zu legitimieren; derartige Rechtfertigungen würden wir

auch im Falle einer Beteiligung an der Bundesregierung hören. Diese Partei ist also keine Partei des Widerstandes, sondern nur eine weitere reformistische Partei, welche die Illusionen der Arbeiterklasse und der Jugend an das bürgerliche System bindet und von einem „sozialen Kapitalismus“ träumt.

Wir wollen diesen Wahlkampf und den Protest und Widerstand gegen die Krise nutzen, um den Reformismus der Linkspartei zu entlarven und für unser revolutionäres Programm zu werben. Wenn die WählerInnen der Linkspartei einen Mindestlohn, eine stärkere Besteuerung der Reichen, die Abschaffung der Rente mit 67 und den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan wollen, dann müssen sie mit der reformistischen Politik der Linkspartei brechen, müssen einen antikapitalistischen Widerstand in Betrieb und Schule aufbauen, müssen für den Aufbau einer revolutionären Partei außerhalb der Institutionen des bürgerlichen Staates, der Parlamente und Ministerien, kämpfen.

Um den WählerInnen und den AktivistInnen des antikapitalistischen Widerstands diese Alternative klar vor Augen zu führen, benutzen wir das Mittel der kritischen Wahlunterstützung. Wir unterstützen die Linkspartei, da jede Stimme für sie auch eine Stimme gegen CDU/CSU & FDP und die Politik der großen Koalition der letzten Jahre darstellt. Ebenso kämpfen wir gegen die reformistische Führung der antikapitalistischen Bewegung, der Arbeiterklasse und der Jugend und wollen die Perspektive einer klassenkämpferischen und revolutionären Programmatik aufzeigen. Nur ein Kampf der auf den Straßen, in den Schulen, Unis und Betrieben stattfindet, kann erfolgreich sein. Dieser Kampf wird vor allem gegen die nächste Bundesregierung wichtig sein. Dann, wenn die Massenentlassungen in der Industrie beginnen (Experten gehen vom Verlust eines Drittels aller deutschen Industriearbeitsplätze aus) müssen wir einen Widerstand aufbauen, der nicht nur am Wochenende auf die Straße geht, sondern jeden Tag den revolutionären Kampf gegen Staat und Kapital aufnimmt.

Ein wichtiger Termin für die Krisenproteste ist der 17.9, da an diesem Tag lokale Anti-Krisen-Bündnisse dezentrale Aktionen planen. Wir rufen alle WählerInnen der Linkspartei, die gesamte Arbeiterklasse und die Jugend auf

sich an diesen Protesten zu beteiligen. Zusammen können wir den Widerstand gegen die Auswirkungen der Krise weiterführen und den Kampf gegen die reformistische Führung gewinnen – für einen antikapitalistischen klassenkämpferischen Widerstand!

- Kritische Unterstützung der Linkspartei! Jede Stimme für die Linke ist eine Stimme gegen Schwarz-Gelb!
- Beteiligt Euch am 17. September – dezentraler Aktionstag gegen die Auswirkungen der Krise!
- Für den Aufbau eines antikapitalistischen und klassenkämpferischen Widerstands – für den Aufbau einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse und der Jugend!
- One Solution – REVOLUTION!

Bundestagswahl 2009

Aufruf der Jugendorganisation *REVOLUTION*

Nach vier Jahren „Großer Koalition“ von CDU/CSU und SPD gibt es am 27.9 Bundestagswahlen. Diese Bundesregierung hat die Politik der „rot-grünen“ Regierung fortgesetzt; die Anhebung der Mehrwertsteuer um
3%, die Einführung der Rente mit 67, die Aufstockung der deutschen Truppen in Afghanistan und der Kongo-Einsatz der EU unter deutscher Führung sind die konsequente Weiterführung der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze und der deutschen Aufrüstung und weiteren Militarisierung der Außenpolitik.

Diese Wahl findet statt, während die kapitalistische Weltwirtschaft ihre größte Krise seit 1929/1930 (mit dem sog. „schwarzen Freitag“) erlebt. Die Banken implodieren seit Herbst 2008, Billionen „fauler“ oder „toxischer“ Papiere sind praktisch entwertet. Heute gehen die Schätzungen von ca. 2,5-4 Billionen Dollar aus, die infolgedessen entwertet wurden. In dieser Krise

haben der bürgerliche Staat und die aktuelle Bundesregierung klar bewiesen, auf wessen Seite sie stehen.

Den Banken wird mit einem 500 Milliarden schweren Bürgschaft geholfen und jede Besitzerfamilie wird großzügig umgeschuldet, während die Beschäftigten rausgeschmissen werden, oder der Staat über die Kurzarbeit die Lohnkosten übernimmt. In Deutschland sind bislang „nur" ca. 500.000 Beschäftigte, darunter viele Leih –und ZeitarbeiterInnen entlassen worden, für den Großteil der betroffenen Branchen hat die Kurzarbeit die Entlassungswelle zumindest verschoben. Wir schreiben „nur" 500.000, weil in den USA allein in den Monaten Januar bis März pro Monat ca. 750.000 Beschäftigte entlassen worden sind – diese Zahlen der kapitalistischen Supermacht zeigen das wahre Ausmaß der Krise.

In dieser Krise sind auch alle Haushaltsziele der letzten Jahre überflüssig geworden – wir erinnern uns: die Angriffe auf die Arbeitslosen, die massiven Kürzungen innerhalb der Hartz-IV-Reformen, die Kürzungen und Privatisierungen im Bildungs –und Gesundheitsbereich wurden alle mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes gerechtfertigt. Die Neuverschuldung sollte auf Null sinken, damit die kommenden Generationen nicht unter der Schuldenlast der heutigen Generation erdrückt werden. Diese Propaganda ist heute Schall und Rauch – für die Verluste der Banken, für die Krise des Kapitals werden viele folgende Generationen heute verschuldet, ihre Steuern und ihre Arbeit sind auf Jahrzehnte an Staat und Kapital verpfändet.

In dieser Krise ist Widerstand notwendig, Widerstand der Jugend und Arbeiterklasse, der Arbeitslosen und Armen gegen die Auswirkungen der Krise – dagegen, das wir die Zeche für die Banken und Großkonzerne zahlen sollen. Am 28.3. gab es in Berlin und FFM Großdemos unter dem Motto – „Wir zahlen nicht für eure Krise", mit ähnlichem Motto mobilisierte der DGB am 16.5. ca. 100.000 DemonstrantInnen nach Berlin. Für die Führung der Gewerkschaften und der SPD (am 16.5. lief SPD-Chef Franz Müntefering mit) reichen diese Demos als Protest, sie stellen auch keine konkreten Forderungen auf, wie wir denn dem Zwang entgehen könnten für die Krise zu zahlen, geschweige denn wie wir Widerstand gegen Kapital und Staat organisieren könnten. Einige empörte Phrasen gegen die „Gier der Manager"

werden losgelassen, um am nächsten Tag wieder genau mit diesen Lohnkürzungen, Kurzarbeit und Entlassungen zu verhandeln.

Was tun?

Heute stellt sich die Frage wie AntikapitalistInnen und revolutionäre SozialistInnen auf Krise und Bundestagswahl reagieren. Bei vielen gilt der Slogan „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten“ – daraus resultiert dann der Aufruf zum Wahlboykott und meist gleichzeitig zur Revolution. Diese anarchistische Politik ist kontraproduktiv für den Aufbau eines konsequenten antikapitalistischen und klassenkämpferischen Widerstandes, für den wir die Bundestagswahl ebenso wie den vorhandenen Widerstand gegen die Krisenpolitik von Staat und Kapital nutzen müssen. Ebenso wie wir die Mobilisierung des DGB am 16.5 unterstützten und dabei gleichzeitig die reformistische Politik der Gewerkschaften anprangerten und für eine klassenkämpferische Opposition agitierten müssen wir auch bei der Bundestagswahl agieren.

Schon bei der Europawahl riefen wir zu einer kritischen Unterstützung der Linkspartei auf. Wir unterstützen die Forderungen nach einem Mindestlohn, nach dem Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, gegen die Rente mit 67, für die Abschaffung von Hartz IV. Diese Forderungen sind elementar für die politische Existenz der Linkspartei, diese Partei ist Produkt des Protestes gegen die Agenda 2010 von Kanzler Schröder, ist Produkt einer Abspaltung innerhalb der reformistischen SPD.

Inzwischen ist die Linkspartei auch in den Landtagen der alten BRD angekommen; in Hessen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg stellt sie Fraktionen im Landtag. Ihre Wählerstimmen kommen von den Arbeitslosen und den ArbeiterInnen, von denen, die der Politik der SPD nicht mehr vertrauen – die Linkspartei repräsentiert in überdurchschnittlichem Maße jene Wählergruppen, die von den sozialen Angriffen der letzten Jahren betroffen sind. Gemeinsam mit der Gruppe Arbeitermacht (deutsche Sektion der Liga für die 5. Internationale) benutzen wir das Mittel der kritischen Unterstützung im Umgang mit der Linkspartei. Es ist wichtig ihre

Forderungen zu unterstützen, da sie die einzige Partei ist, die ihm Wahlprogramm den Bruch mit der Agenda 2010 und den Sozialkürzungen der letzten Jahre fordert. Damit vertritt sie die Forderungen der oben genannten Teile der Arbeiterklasse, die es bei der Bundestagswahl und in Krisenbündnissen und sonstigen Protesten zu unterstützen gilt. Wichtig hierbei ist vor allem, Wege der konkreten Umsetzung aufzuzeigen.

Dabei müssen wir klarstellen, dass der parlamentarische Weg der Linkspartei, eine angestrebte Regierung mit SPD und Grünen, der Bewegung gegen die Krise nicht helfen wird – die praktische Regierungspolitik der Linkspartei sehen wir seit 8 Jahren im berliner Senat. Die Linkspartei setzt konsequent die Agenda 2010 unter SPD-Bürgermeister Wowereit um – unter den Zwängen bürgerlicher Regierung macht die Linkspartei auch bürgerliche Politik. Die Spitze der Linkspartei versucht dies oft mit der desaströsen Finanzlage der Stadt zu legitimieren; derartige Rechtfertigungen würden wir auch im Falle einer Beteiligung an der Bundesregierung hören. Diese Partei ist also keine Partei des Widerstandes, sondern nur eine weitere reformistische Partei, welche die Illusionen der Arbeiterklasse und der Jugend an das bürgerliche System bindet und von einem „sozialen Kapitalismus“ träumt.

Wir wollen diesen Wahlkampf und den Protest und Widerstand gegen die Krise nutzen, um den Reformismus der Linkspartei zu entlarven und für unser revolutionäres Programm zu werben. Wenn die WählerInnen der Linkspartei einen Mindestlohn, eine stärkere Besteuerung der Reichen, die Abschaffung der Rente mit 67 und den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan wollen, dann müssen sie mit der reformistischen Politik der Linkspartei brechen, müssen einen antikapitalistischen Widerstand in Betrieb und Schule aufbauen, müssen für den Aufbau einer revolutionären Partei außerhalb der Institutionen des bürgerlichen Staates, der Parlamente und Ministerien, kämpfen.

Um den WählerInnen und den AktivistInnen des antikapitalistischen Widerstands diese Alternative klar vor Augen zu führen, benutzen wir das Mittel der kritischen Wahlunterstützung. Wir unterstützen die Linkspartei, da jede Stimme für sie auch eine Stimme gegen CDU/CSU & FDP und die

Politik der großen Koalition der letzten Jahre darstellt. Ebenso kämpfen wir gegen die reformistische Führung der antikapitalistischen Bewegung, der Arbeiterklasse und der Jugend und wollen die Perspektive einer klassenkämpferischen und revolutionären Programmatik aufzeigen. Nur ein Kampf der auf den Straßen, in den Schulen, Unis und Betrieben stattfindet, kann erfolgreich sein. Dieser Kampf wird vor allem gegen die nächste Bundesregierung wichtig sein. Dann, wenn die Massenentlassungen in der Industrie beginnen (Experten gehen vom Verlust eines Drittels aller deutschen Industriearbeitsplätze aus) müssen wir einen Widerstand aufbauen, der nicht nur am Wochenende auf die Straße geht, sondern jeden Tag den revolutionären Kampf gegen Staat und Kapital aufnimmt.

Ein wichtiger Termin für die Krisenproteste ist der 17.9, da an diesem Tag lokale Anti-Krisen-Bündnisse dezentrale Aktionen planen. Wir rufen alle WählerInnen der Linkspartei, die gesamte Arbeiterklasse und die Jugend auf sich an diesen Protesten zu beteiligen. Zusammen können wir den Widerstand gegen die Auswirkungen der Krise weiterführen und den Kampf gegen die reformistische Führung gewinnen – für einen antikapitalistischen klassenkämpferischen Widerstand!

- Kritische Unterstützung der Linkspartei! Jede Stimme für die Linke ist eine Stimme gegen Schwarz-Gelb!
- Beteiligt Euch am 17. September – dezentraler Aktionstag gegen die Auswirkungen der Krise!
- Für den Aufbau eines antikapitalistischen und klassenkämpferischen Widerstands – für den Aufbau einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse und der Jugend!

One Solution – REVOLUTION!